



Foto: picture alliance / dts-Agentur | dts Nachrichtenagentur GmbH

Die von der Regierung geplanten Konsolidierungsmaßnahmen treffen vor allem Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen. SoVD fordert, die oberen Einkommens- und Vermögensgruppen stärker einzubeziehen

Sparhaushalt zulasten Ärmere?

Die Bundesregierung steht vor weiteren großen Eingriffen in den Sozialstaat. Nach einem Sommer der Reformen begründen Bundeskanzler Friedrich Merz und die Koalition ihre Sparpläne damit, dass das bisherige System angesichts des demografischen Wandels nicht mehr bezahlbar sei. Hingegen warnt der SoVD gemeinsam mit anderen Organisationen vor einem „Herbst des Sozialabbaus“, der vor allem zulasten der Schwächsten geht.

Zu den bereits in Kraft getretenen Kürzungsvorhaben gehört seit dem 1. Juli die Bürgergeld-Reform. Konkret geht es um den Umbau der bisherigen Leistungen in eine strengere „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ mit härteren Sanktionen bei Arbeitsverweigerung, bis hin zum vollständigen Leistungsentzug. Inbegriffen sind erweiterte Mitwirkungspflichten und ein stärkerer Zwang zur Annahme zumutbarer Arbeit. Überdies sollen künftig strengere Regeln

bei Vermögen und Karenzzeiten greifen, also der Schonfrist, in der Ersparnisse und die bisherige Wohnung unangetastet bleiben.

Bundesregierung: mehr fordern statt fördern

Den Plänen zugrunde liegt ein vom Bundeskanzler propagierter, stärker fordernder als fördernder Ansatz. Er soll die Rückkehr in den Arbeitsmarkt beschleunigen. Die Koalition verspricht sich davon Milliarden einsparungen.

Sozialexpert*innen halten diese Erwartung jedoch für überzogen. Denn die Zahl derjenigen, die Arbeit tatsächlich verweigern, liegt nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im niedrigen Prozentbereich. Der Großteil der Leistungsbeziehenden sind Aufstockende, Alleinerziehende, Kranke oder Menschen in Qualifizierungsmaßnahmen.

Auch Einschränkungen bei weiteren Sozialleistungen sollen im Herbst beschlossen werden.

Fortsetzung auf Seite 2

„Viele schweigen aus Angst vor Hass“

HateAid will demokratische Werte im Netz stärken

Seite 5



Weiterhin Barrieren im Nahverkehr

ADAC zeigt Defizite auf

Seite 6



Auszeichnung für Engagement

SoVD-Superheld*innen des Jahres ausgewählt

Seite 7



SoVD trauert um Adolf Bauer

Nachruf auf langjährigen Präsidenten des Verbandes

Seite 3



Blickpunkt

Es sieht so aus, als würde auf den Sommer der Reformen ein Herbst der Kürzungen folgen. Und derzeit hat es den Anschein, als konzentrierten sich die Sparvorhaben der Bundesregierung vor allem auf die unteren Einkommensgruppen – auf Rentner*innen, Geringverdienende, chronisch kranke Menschen, Pflegebedürftige und deren Angehörige, Familien und Alleinerziehende. Sie sollen überwiegend den Preis für eine Konsolidierungspolitik zahlen, die zugleich Steuervergünstigungen für Unternehmen und Vermögende aufrechterhält. Die geplanten

Sparmaßnahmen gehen mit einem gezielten Abbau von Transferleistungen einher, der einem Rückzug des Staates aus seiner Solidarpflicht gleichkommt. Das ist sehr gefährlich! Denn gerade in einer Zeit, in der populistische Kräfte von Verunsicherung profitieren, ist der Sozialstaat mehr als eine Hausposition. Er ist ein Versprechen – nämlich, im Falle von Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit nicht ins Bodenlose zu fallen. Wird dieses Versprechen brüchig und weicht es noch mehr dem Gefühl, „die da oben“ kümmern sich nicht, wird das fatale Folgen

für die Gesellschaft haben, die sich in keiner Sparliste abbilden lassen. Wie dieser Herbst in Erinnerung bleibt, hängt deshalb vor allem davon ab, ob es gelingt, notwendige Anpassungen mit sozialer Ausgewogenheit zu verbinden. Reformen werden nur dann Akzeptanz finden, wenn nicht Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen die Hauptlast tragen. Sonst droht dem Land nicht nur ein Sparhaushalt, sondern ein enormer Vertrauensverlust, der teurer werden könnte als jede Sozialleistung.

Michaela Engelmeier
SoVD-Vorstandsvorsitzende

Hier befindet sich das
Adressfeld für die Etikettierung
im Einzelversand

SoVD fordert, die oberen Einkommens- und Vermögensgruppen stärker einzubeziehen

Sparhaushalt vor allem zulasten Ärmere

Fortsetzung von Seite 1

Es wird demnach Einsparungen und Deckelungen in den zentralen Bereichen wie Rente, Pflege und Gesundheit geben.

SoVD lehnt Erhöhung des Renteneintrittsalter weiter ab

Der Reihenfolge nach: Im Bereich Alterssicherung werden als Empfehlungen der Rentenkommission eine Dämpfung der Rentenanpassungen, längere Lebensarbeitszeiten beziehungsweise eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung sowie Einschränkungen bei abschlagsfreien Frühverrentungen diskutiert. Die Bundesregierung hatte schon frühzeitig signalisiert, alle Kommissionsvorschläge umsetzen zu wollen.

Selbstständige und Abgeordnete will sie demnach künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Das entspricht einer langjährigen Forderung des SoVD, der die Maßnahme insofern begrüßt; ebenso wie die geplanten Verbesserungen bei den Freibeträgen in der Grundversicherung sowie die Abschaffung der Zwangsverrentung.

Gedämpfte Rentenanpassungen und höheres Rentenalter lehnt der SoVD indessen genauso ab wie die Kapitalrente, die innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung verpflichtend werden soll. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier stellt dazu fest: „Um wachsender Altersarmut entgegenzuwirken, bedarf es guter Löhne, eines armutsfesten Mindestlohnes und verlässlicher Rentenansparungen. Die Kapitalrente ist dazu nicht der geeignete Weg.“

Auch in der Pflege drohen Einschnitte: So kommen auf Pflegebedürftige und deren Angehörige steigende Eigenanteile in Heimen zu. Die geplanten Begrenzungen bei der Leistungsdynamisierung und die geplante Neuordnung der Finanzierungsverantwortung zwischen Bund, Ländern und Versicherten werden erhebliche Auswirkungen auf die Betroffenen haben.

Der SoVD ist empört über die beabsichtigten Kürzungen der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige: „Wer Angehörige pflegt, verzichtet häufig auf Einkommen und berufliche Chancen. Eine schlechtere Absicherung verschärft besonders das Altersarmutsrisiko von Frauen“, sagt Engelmeier. Da in den letzten Augusttagen der neue Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann (CDU) Bedenken äußerte, scheint hier das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Doppelt hart: Zuzahlungen steigen, Leistungen sinken
Für Patient*innen sind die Aussichten nicht besser: Auf sie warten Ausgabenbremsen bei Kliniken und Arzneimitteln und eine strengere Steuerung der Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen, und dies begleitet von höheren Zuzahlungen. „Weitere Zuzahlungen treffen besonders Menschen mit niedrigem Einkommen, chronisch Erkrankte und Menschen mit Behinderungen. Für sie ist es doppelt hart, wenn sie mehr zahlen müssen und weniger an Leistungen erhalten“, mahnt die

SoVD-Vorstandsvorsitzende. Die Stabilisierung der Krankenversicherung dürfe nicht einseitig zulasten der Versicherten erfolgen. „Der Bund darf seine Haushaltsprobleme nicht in die Sozialversicherungen verschieben!“

Einschnitte beim Wohngeld und der Eingliederungshilfe

Damit sind die Sparpläne der Bundesregierung noch nicht erschöpft: Einschnitte werden auch beim Wohngeld, bei der Eingliederungshilfe, der Kinder- und Jugendhilfe, dem Unterhaltsvorschuss, dem Kindersofortzuschlag und beim Elterngeld diskutiert. Und da viele Menschen und Familien bereits erheblich durch hohe Wohn-, Energie- und Lebensmittelkosten unter Druck stehen, werden ihnen die gleichzeitig erwogenen Steuersenkungen kaum Entlastung bringen. „Steuerliche Entlastungen helfen wenig, wenn gleichzeitig die Kosten so steigen, dass in einkommensschwächeren Haushalten nichts davon übrig bleibt“, stellt Engelmeier dazu fest. „Die Politik muss die soziale Gesamtbilanz stärker im Blick behalten.“

Bleiben die Sparpläne wie angekündigt, befürchtet der SoVD wachsende Altersarmut, vor allem bei Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und Menschen mit langen Niedriglohnphasen. Auch Kinderarmut wird sich zuspitzen – Kürzungen im Grundsicherungsbereich schlagen direkt auf Haushalte mit Kindern durch. Noch weniger Geld zum Leben bleibt zudem den überproportional von Inflation, Mieten und Energiekosten betroffenen Geringverdienenden.



Foto: JackF / Adobe Stock

Was nützen Steuersenkungen, wenn davon nichts übrig bleibt?

Haushaltskonsolidierung nicht zulasten der Ärmere

Die zentrale Frage in Sachen Sparhaushalt lautet aus SoVD-Sicht im Übrigen nicht, ob Anpassungen zur Konsolidierung des Haushaltes nötig sind. Denn dass die staatlichen Mittel knapp und Reformen notwendig sind, bezweifelt kaum jemand.

Die entscheidende Frage ist vielmehr: Wie wird die Last verteilt? Trägt die gesamte Gesellschaft daran, einschließlich und insbesondere die oberen Einkommens- und Vermögensgruppen? Oder konzentrieren sich die – mit der Notwendigkeit von Haushaltsdisziplin begründeten – Sparreformen auf diejenigen, die ohnehin am wenigsten Spielraum haben?

Der SoVD fordert in diesem Zusammenhang, den Blick verstärkt auch auf die Einnahmenseite zu richten. Menschen mit sehr hohem Einkommen und Vermögen gilt es stärker als bis-

lang an der Finanzierung des Sozialstaates zu beteiligen, statt ihn kaputtzusparen. Ein Muss sind demnach eine gerechtere Besteuerung sehr hoher Einkommen und großer Vermögen sowie der Abbau ungerechtfertigter Steuerprivilegien.

Weil die geplanten Änderungen bei der Reichensteuer dazu bei Weitem nicht ausreichen, fordert der SoVD die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechtere Erbschaftsteuer, die – ohne große Schlupflöcher wie bislang – greift.

Perspektivisch plädiert der Verband darüber hinaus für die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent. „Ein starker Sozialstaat ist keine Belastung, sondern das Fundament gesellschaftlichen Zusammenhaltes“, ist die SoVD-Vorstandsvorsitzende überzeugt. „Ihn gilt es als wichtigen Stabilitätsanker der Demokratie zu stärken!“

Veronica Sina

SoVD fordert Maßnahmen für vulnerable Gruppen

Mehr Hitzeschutz nötig

Die Hitzewellen der vergangenen Wochen zeigten, dass Deutschland nicht ausreichend auf immer heißere Sommer vorbereitet ist. Der SoVD fordert mehr Maßnahmen zum Hitzeschutz und sieht dabei auch den Bund in der Verantwortung.

Angesichts hoher Temperaturen und Tausender hitzebedingter Todesfälle in diesem Sommer fordert der SoVD bundesweit verbindliche Schutzstandards. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Kitas und Schulen müssten auch bei extremer Hitze eine sichere Versorgung gewährleisten. Dazu gehörten bei Bedarf klimatisierte Räume, zugängliche Trinkwasserangebote sowie klare Notfallpläne. Zudem brauche es flächendeckende Hitzeaktionspläne und langfristige Förderprogramme für die Modernisierung öffentlicher Gebäude.

Der Verband begrüßt, dass die Debatte über eine Verankerung des Hitzeschutzes im Grundgesetz Fahrt aufnimmt. So könnten Bund, Länder und Kommunen die notwendigen Maßnahmen gemeinsam und dauerhaft finanzieren. „Extreme Hitze ist längst zu einem sozialen Gesundheitsrisiko geworden“, sagt SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. Hitzeschutz sei Teil der staatlichen Daseinsvorsorge und dürfe nicht von der Finanzlage einzelner Kommunen oder Träger abhängen.

str



SoVD im Gespräch

Konstruktiver Austausch mit Hendrik Wüst

Ein angenehmes Treffen mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst (CDU), bot die Gelegenheit für einen offenen und vertrauensvollen Austausch über zentrale sozialpolitische Themen und die Forderungen des SoVD.

Im Mittelpunkt des Gespräches standen dabei unter anderem die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung, die Pflege, die Themen Barrierefreiheit und Eingliederungshilfe sowie die Paralympics als Chance für mehr Inklusion.



Nach dem konstruktiven Austausch zwischen Michaela Engelmeier und dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen soll der regelmäßige Dialog zu sozialpolitischen Themen fortgesetzt werden. Dazu lud die SoVD-Vorstandsvorsitzende Hendrik Wüst für ein Folgetreffen ins Erich-Kuttner-Haus des SoVD ein.

Nachruf auf den langjährigen SoVD-Präsidenten Adolf Bauer

Offenes Herz und klarer Blick für das Gerechte

Der SoVD trauert in großer Betroffenheit um seinen langjährigen ehemaligen Präsidenten **Adolf Bauer**, der am 26. Juli 2026 unerwartet im Alter von 86 Jahren verstorben ist.

Mit seiner großen Menschlichkeit, seinem klaren Gespür für Gerechtigkeit und mit außergewöhnlichem Engagement prägte Adolf Bauer den SoVD über Jahrzehnte hinweg maßgeblich auf allen Ebenen.

Dass der SoVD eine starke Stimme in Politik und Gesellschaft hat, erfolgreich für die Belange benachteiligter Menschen kämpft und auch für die Zukunft gut aufgestellt ist, verdankt der Verband in allerhöchstem Maße ihm. Dabei zählte für Adolf Bauer vor allem die Gemeinschaft.

Auch in Zeiten struktureller Veränderungen trug er an der Spitze des Verbandes entscheidend zu dessen Erfolg bei – den Blick stets nach vorne gerichtet.

Als Gesellschaftervertreter begleitete Adolf Bauer ebenso über viele Jahre mit großer Weitsicht, hohem Verantwortungsbewusstsein und Engagement die Entwicklung der SoVD-Tochterunternehmen.

Dem SoVD, damals noch

Reichsbund, gehörte Adolf Bauer seit 1982 an, als er dem Ortsverband Westerstede beitrug. Dessen Vorsitz übernahm er bereits im Jahr 1988 und hatte ihn bis 2018 inne.

Beruflich war er nach einer Ausbildung als Techniker und einem Ingenieurstudium zuvor an vielen Grund- und Hauptschulen in der Region Oldenburg als Lehrer und Schulleiter tätig gewesen, bevor er 1975 an ein Schulzentrum in seinen geschätzten späteren Wohnort wechselte.

Nach einigen Jahren des Engagements auf Orts- und Kreisverbandsebene wurde Adolf Bauer 1995 in den Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen gewählt. Die zusätzliche Verantwortung nahm er, vier Jahre nach dem Tod seiner ersten Frau, als Witwer und alleinerziehender Vater zweier Kinder an. 2003 zum 1. Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt, bekleidete er dieses Amt bis 2019.

Schon Ende 2003 wurde Adolf Bauer darüber hinaus zum SoVD-Präsidenten gewählt. Fünfmal bestätigten ihn die Delegierten mit überwältigender Mehrheit für weitere

Amtsperioden in dem bis 2023 höchsten Amt des SoVD.

Von sich selbst sagte Adolf Bauer augenzwinkernd, dass er schon in der Schule „rebellisch“ gewesen sei. Grobe Ungerechtigkeiten habe er noch nie mitansehen können. Das galt früh auch für seinen Blick auf Gesellschaft und Politik.

Sein Antrieb war es, mitzustreiten, um die ungleichen Rechte benachteiligter Menschen zu verbessern. Schon ab dem Jahr 1969, da war er noch nicht 30, engagierte sich Bauer aktiv in der Kommunalpolitik. Bis ins hohe Alter blieb er auch außerhalb des SoVD in vielen Ehrenämtern kommunalpolitisch und in zahlreichen Netzwerken in hohem Maße engagiert.

Als Kriegswaise – sein Vater fiel Anfang Februar 1942 und da dieser von Kriegsbeginn an im Einsatz war, hatte er ihn nie kennenlernen können – setzte sich Adolf Bauer sein Leben lang mit Nachdruck für den Frieden und den Erhalt der Demokratie ein. Für seinen jahrzehntelangen sozial- und gesellschaftspolitischen Einsatz wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.



Adolf Bauer

Beispiellosen Rückhalt fand Adolf Bauer bei seiner zweiten Frau Ursula Hülsen, ohne die sein Engagement, wie er stets betonte, nicht möglich gewesen wäre. Ihr und seinen Kindern gilt unser aufrichtiges Mitgefühl.

Wir werden Adolf Bauer nicht vergessen und ihm ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren. Er wird uns sehr fehlen.

*Die Mitglieder des SoVD-Bundesverbandsrates
Die Mitglieder der SoVD-Bundeskongress
Die SoVD-Vorstand*innen von Bundesverband und Landesverbänden
Die ehrenamtlich und hauptamtlich Mitarbeitenden im SoVD*

10 Euro im Monat vom Staat für Altersvorsorge von Kindern – SoVD kritisiert Schwächung gesetzlicher Rente

Kabinett bringt Frühstartrente auf den Weg

Für heutige Kinder ist die Rente noch weit weg. Mit der Frühstartrente kommt nun ein staatliches Modell zum Aufbau einer privaten Altersvorsorge. Dabei legt der Bund jeden Monat zehn Euro für Kinder an. Eltern können diese Summe ergänzen. Der SoVD fürchtet, dass das soziale Ungleichheiten manifestiert und die gesetzliche Rente an Bedeutung verliert.

Die Bundesregierung will Kinder künftig schon früh an die private Altersvorsorge heranführen. Am 12. August beschloss das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur sogenannten Frühstartrente. Vorgesehen ist, dass der Staat für Kinder ab dem sechsten Lebensjahr bis zur Volljährigkeit monatlich zehn Euro in ein kapitalgedecktes Altersvorsorge-depot einzahlt. Die Förderung soll rückwirkend zum 1. Januar 2026 zunächst für den Geburtsjahrgang 2020 starten.

Eltern können für ihre Kinder einen Vertrag bei einem Anbieter ihrer Wahl abschließen. Tun sie das nicht, wird das Geld für die Kinder am Kapitalmarkt angelegt. Private Einzahlungen – etwa durch Eltern oder Großeltern – sind zusätzlich möglich, und zwar bis zu 6.840 Euro pro Jahr. Die Erträge bleiben bis zum

Beginn der Auszahlungsphase mit dem Renteneintritt steuerfrei. Ab dem 18. Lebensjahr kann das Depot weiter privat bespart oder in einen anderen zertifizierten Altersvorsorgevertrag überführt werden.

Die Bundesregierung will damit in der jungen Generation nicht nur frühzeitig Vermögen für das Alter aufbauen, sondern Kinder und Jugendliche auch mit dem Kapitalmarkt und Fragen der Altersvorsorge vertraut machen. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) sieht darin ein Startkapital für junge Menschen und einen Beitrag zur finanziellen Bildung.

Der SoVD bewertet die Pläne zwiespältig. Positiv sei, dass tatsächlich alle Kinder erreicht würden – unabhängig davon, ob ihre Eltern selbst Geld für die Altersvorsorge zurücklegen können. Kritisch sieht der Ver-

band jedoch die konsequente Ausrichtung auf eine kapitalgedeckte private Vorsorge.

Vor allem die Möglichkeit hoher zusätzlicher Einzahlungen könne bestehende Unterschiede vergrößern. Während wohlhabendere Familien über Jahre mehrere Tausend Euro jährlich zusätzlich einzahlen könnten, bleibe Kindern aus Haushalten mit wenig Geld im Wesentlichen die staatliche Förderung. Der SoVD warnt deshalb davor, dass soziale Ungleichheiten im Alter nicht abgebaut, sondern verfestigt werden. Als möglichen Ausgleich schlägt der Verband vor, die staatlichen zehn Euro für Kinder aus einkommensschwachen Familien zusätzlich aufzustocken.

Grundsätzlicher fällt die Kritik an der rentenpolitischen Ausrichtung aus. Die Frühstartrente löse „das eigentliche Problem



Foto: Lumos sp / Adobe Stock

Ein Sparschwein lohnt sich auf Dauer nicht. Mit der Frühstartrente erhalten Kinder bald monatlich zehn Euro auf ein Vorsorgedepot.

niedriger Alterseinkommen nicht, denn Altersarmut verhindert man vor allem mit guten Löhnen, ausreichenden Rentenbeiträgen und einer starken gesetzlichen Rentenversicherung“, sagt SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier.

Für den SoVD bleibt die gesetzliche Rente der entscheidende Hebel. Jeder zusätzliche

Euro sei dort besser angelegt als in einem weiteren Ausbau der Kapitaldeckung. Mit der Frühstartrente sei dagegen der Weg hin zu mehr privater Vorsorge weiter vorgezeichnet.

Der SoVD hat eine ausführliche Stellungnahme zur Frühstartrente veröffentlicht. Diese ist online auf www.sovd.de abrufbar.

Sebastian Triesch

SoVD kritisiert geplante Einschnitte bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Reformen ja, Kürzungen an der Inklusion nein!

Rund eine Million Menschen mit Behinderungen in Deutschland brauchen Eingliederungshilfe (EGH), um gleichberechtigt und selbstbestimmt am sozialen Leben teilhaben zu können. Doch wegen gestiegener Kosten will die Bundesregierung auch hier reformieren. Die Beratungen laufen noch; doch in den Plänen ist „reformieren“ nicht verbessern, sondern bei Leistungen sparen, was der SoVD vehement ablehnt. Errungenschaften würden so schrittweise zurückgenommen, ohne dass Inklusion verwirklicht ist.

Reformen können Strukturen verbessern. Die Pläne setzen aber viel an den Leistungsansprüchen an: mit Kürzungen und Pauschallösungen. Der SoVD hält diesen Ansatz für verfehlt.

Inklusion ist kein Sparposten, sondern ein Menschenrecht. Der Staat muss sie personenzentriert ermöglichen. Das gibt die UN-Behindertenrechtskonvention vor, so steht es in Deutschland im Grundgesetz (Artikel 3) sowie im Behindertengleichstellungsgesetz, Bundesteilhabegesetz und Sozialgesetzbuch (SGB IX).

„Hier geht es nicht um Luxus oder Sonderrechte“, betont SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. „Es geht um elementare Teilhabe.“

Für viele Menschen mit Behinderungen ist die Eingliederungshilfe (EGH) unverzichtbar. Erst 2020 reformierte das Bundesteilhabegesetz sie: weg von Fürsorge und Defiziten, hin zu Selbstbestimmung, Inklusi-

on und individuellen Rechten. Seitdem ist sie im SGB IX verankert: „Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung von Menschen mit Behinderungen“ gibt es für medizinische Reha, Heilpädagogik, Mobilität, Teilhabe am Arbeitsleben, Teilhabe an Bildung und soziale Teilhabe (persönliche Assistenz). Dazu zählen auch Unterstützung in Haushalt, Alltag und Freizeit sowie betreutes Wohnen zu Hause.

Sparen beim individuellen Bedarf ist der falsche Ansatz

Die neue Reform führt wieder weg vom individuellen Bedarf – ein Rückschritt. Vorgesehen ist etwa „Pooling“, die Zusammenfassung in Gruppen. Das gilt für Wohnformen und persönliche Assistenzen. Doch Menschen mit Behinderungen haben das Recht, selbst zu entscheiden, wie sie wohnen, ihre Freizeit gestalten, soziale Kontakte pflegen oder Assistenz in Anspruch nehmen.

Für den SoVD dürfen Reformen nicht zulasten der Menschen gehen. Den hohen Kosten für Kommunen müsse man anders begegnen: mit Lastenverteilung und Bürokratieabbau. Der Verband fordert einfachere Verwaltungsverfahren, längere Bewilligungszeiträume, konsequente Digitalisierung und bessere Abstimmung der Träger.

Vor allem aber würde Barrierefreiheit die Ausgaben senken. Zum Beispiel übernimmt die EGH an Schulen zunehmend Aufgaben der Regelsysteme.

Eine Schnittstelle ist die Jugendhilfe, bei der eine Reform schon beschlossen ist. Für Schulbegleitung / Integrationshilfe, bei körperlichen und geistigen Behinderungen über die EGH finanziert, bei seelischen über die Jugendhilfe, ist künftig stets Letztere zuständig. Vereinfachungen lobt der SoVD. Doch auch hier soll eine Person oft mehrere begleiten. „Für manche



Foto: unai / Adobe Stock

Persönliche Assistenz und individuelles Wohnen müssen bleiben: Eingliederungshilfe kürzen gefährdet selbstbestimmte Teilhabe.

Kinder kann eine gemeinsame Inanspruchnahme von Assistenz funktionieren, aber nicht für Kinder mit komplexeren Behinderungen“, kritisiert Engelmeier.

Eine inklusive Gesellschaft bräuchte diese Hilfen kaum

Der SoVD meint: Der Sozialstaat darf Teilhabe und Selbstbestimmung nicht einschränken. In einer inklusiven Gesellschaft – mit barrierefreier Infrastruktur, inklusivem Bildungssystem, in-

klusivem Arbeitsmarkt – gäbe es kaum Bedarf an Eingliederungshilfe. SoVD-Referentin Anieke Fimmen erklärt: „Ziel muss darum sein, Barrieren abzubauen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Menschen mit Behinderungen möglichst unabhängig leben und arbeiten können.“ Bis dahin seien die Leistungen nötig.

Ein SoVD-Positionspapier zur Reform steht auf: www.sovd.de bei „Medien“ – „Broschüren“. ele

SoVD-Forderungspapier zur Gesundheitsversorgung: System einfacher, verlässlicher und gerechter gestalten

Mehr Orientierung in der Primärversorgung

Das Gesundheitswesen ist an vielen Stellen für Patient*innen unübersichtlich. Ein Ausbau der Primärversorgung kann nützlich sein, um Erkrankte besser durch das System zu führen. In einem neuen Forderungspapier skizziert der SoVD, welche Bedingungen ein reformiertes System erfüllen muss, um den Ansprüchen gerecht zu werden und keine neuen Hürden zu errichten.

Die Bundesregierung will Patient*innen gezielter durch das Gesundheitssystem führen und ihnen schneller passende Behandlungstermine vermitteln. Der SoVD unterstützt das Ziel einer besser koordinierten Versorgung, warnt jedoch vor zusätzlichen Hürden. In einem neuen Forderungspapier zeigt der Verband, wie eine patient*innenzentrierte Primärversorgung aussehen kann.

Die ambulante Betreuung in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Vielerorts fehlen Haus- und Fachärzt*innen, Termine sind schwer zu bekommen und die verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens arbeiten nicht ausreichend zusammen. Besonders Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke, Ältere und Menschen mit geringem Einkommen stoßen häufig auf zusätzliche Barrieren.

Eine gute Primärversorgung muss aus Sicht des SoVD vor allem Orientierung bieten. Dafür sieht das Konzept drei

Zugangswege vor: niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote, die primärärztliche Behandlung sowie strukturierte Verfahren zur Ersteinschätzung.

Ersteinschätzung für den passenden Versorgungsweg

Hausärzt*innen bleiben der zentrale Zugang für Diagnostik und Behandlung. Zugleich

sollen nichtärztliche Gesundheitsberufe, Apotheken, Gesundheitskioske und weitere Beratungsangebote stärker eingebunden werden. Eine telefonische, digitale oder persönliche Ersteinschätzung kann helfen, gesundheitliche Anliegen einzuordnen und den passenden Behandlungsweg zu finden.

„Nicht die Patientinnen und Patienten müssen besser gesteuert werden – das Versorgungssystem muss einfacher, gerechter und verlässlicher werden“, betont die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. „Primärversorgung bedeutet Orientierung statt Hürden, Unterstützung statt Steuerung, Zusammenarbeit statt Versorgungslücken und Zugang statt Ausgrenzung.“

Verbindliche Reglen für Barrierefreiheit beschließen

Voraussetzung für die Reform sind ausreichende Kapazitäten für Therapie und Diagnostik und eine bessere Zusammenarbeit zwischen ärztlichen,



Foto: HockleyMedia24/peopleimages.com / Adobe Stock

Das SoVD-Forderungspapier „Primärversorgung neu gestalten“ gibt Impulse für die Weiterentwicklung der Strukturen.

pflegerischen, therapeutischen und sozialen Berufen. Zugleich fordert der SoVD einen wohnortnahen und barrierefreien Zugang. Barrierefreiheit müsse baulich, kommunikativ, digital und organisatorisch zum verbindlichen Standard werden.

Digitale Angebote können die Versorgung ergänzen, dürfen persönliche und analoge Zugänge aber nicht ersetzen. Auch die freie Ärzt*innenwahl und das Recht auf eine Zweitmeinung müssen erhalten bleiben. Verpflichtende Einschreibun-

gen, Gebühren oder Sanktionen lehnt der SoVD ab.

Das Gesundheitswesen ist für den Verband Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es muss sich am Bedarf der Patient*innen orientieren – unabhängig von Einkommen, Wohnort, Behinderung oder Versicherungsstatus. Das vollständige Forderungspapier „Primärversorgung neu gestalten“ ist unter www.sovd.de im Bereich Medien / Broschüren veröffentlicht und erläutert das gesamte Konzept des SoVD. str



Das SoVD-Forderungspapier.

HateAid macht sich stark für eine Gesellschaft, die Demokratie in allen Facetten lebt „Viele schweigen aus Angst vor Hass“

HateAid wurde gegründet, um die digitale Welt zu einem positiven Ort zu machen. Demokratische Werte sollen hier für alle gelten – unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Religion. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es vor allem, die unserer Gesellschaftsordnung zugrunde liegenden Prinzipien zu festigen: die Menschenrechte, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Verfassungswerte. Zu einem Austausch über die Arbeit gegen Hass im Netz und über Demokratiestärkung, die ebenso für den SoVD von zentraler Bedeutung ist, trafen sich im Juni die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und HateAid-Gründungsgeschäftsführerin Anna-Lena von Hoderberg.

„Digitale Gewalt betrifft uns alle – eine Gesellschaft kann nur so frei sein wie ihre kleinsten Teile. Und wenn Einzelne sich nicht mehr trauen, ihre Meinung ohne Einschränkungen zu äußern, ist unsere Demokratie beschädigt“, sagt von Hoderberg. Die Erfahrung zeige jedoch: „Viele Menschen schweigen mittlerweile aus Angst vor Hass. Besonders jene, die auch in anderen Bereichen des Alltags Diskriminierung erleben.“ Zugleich bekämen die, die am lautesten schrien und beleidigten, am meisten Aufmerksamkeit, macht sie deutlich.

Hier setze ihre Arbeit an: Betroffene können sich an HateAid wenden und erhalten auf Wunsch unentgeltlich eine emotional stabilisierende Erstberatung durch geschulte Betroffenenberater*innen, je nach Bedarf auch weitere.

In einzelnen Fällen übernimmt die Organisation die Kosten für



Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (re.) und HateAid-Geschäftsführerin Anna-Lena von Hoderberg sprachen auch über das wichtige Thema Demokratiestärkung.

zivilrechtliche Gerichtsverfahren und vermittelt rechtliche Schritte gegen Täter*innen. HateAid arbeitet mit mehreren spezialisierten Kanzleien, Sonderstaatsanwaltschaften sowie Bundes-

und Landesbehörden zusammen, zum Teil auch mit europäischen Entscheidungsträger*innen. Auf gesellschaftlicher Ebene engagiert sich die gemeinnützige Organisation mittels Kam-

pagnen, Petitionen und Aktionen gegen Gewalt im Netz. „Wir ermutigen, sich stark zu machen für eine Gesellschaft, die in allen Facetten Demokratie lebt“, betont von Hoderberg. „Dazu gehört, sich online gegen Hass einzusetzen, Solidarität zu zeigen und rechtswidrige Inhalte zu melden.“

Pragmatische Hilfestellungen, etwa bei der Melde- und Beweispflicht, sind ebenfalls Teil der Unterstützungsarbeit: So können Betroffene und Beobachter*innen von digitaler Gewalt rechtswidrige Inhalte über Formulare, Apps oder direkt auf der HateAid-Website sichern und melden.

Im Rahmen ihrer politischen Arbeit führt HateAid zudem rechtliche Grundsatzverfahren. Intention ist hier, die Rechte von Betroffenen gegenüber Online-Plattformen zu stärken. *veo*
Weitere Infos: www.hateaid.org

Kurzvita

Anna-Lena von Hoderberg ist Gründungsgeschäftsführerin von HateAid. Die gemeinnützige Organisation mit Sitz in Berlin wurde 2018 von Campact und Fearless Democracy ins Leben gerufen. Sie unterstützt Betroffene von Hass im Netz beratend und rechtlich. Auch auf gesellschaftlicher Ebene kämpft HateAid gegen digitale Gewalt.

Zuvor arbeitete von Hoderberg als Fernsehjournalistin für die Nachrichten von RTL und des NDR. 2015 wechselte die heute 43-Jährige zur Bürgerbewegung Campact, wo sie die Kampagnen gegen Rechtspopulismus und Rassismus verantwortete.

Von Hoderberg fordert, mittels Gesetz sicherzustellen, dass es realistisch möglich wird, die Identität von Täter*innen zu ermitteln, um gerichtlich gegen diese vorgehen zu können.

Für ihr Engagement wurde sie 2025 mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland geehrt. *veo*

Interview

Sicherheitsstandards auch online nötig!

Als Mitbegründerin und Geschäftsführerin von HateAid berät Anna-Lena von Hoderberg mit den Mitarbeitenden ihrer Organisation Menschen, die im Netz belästigt und attackiert werden. Im Interview mit der SoVD-Zeitung berichtet von Hoderberg über den wachsenden Hass im Internet und was von digitaler Gewalt betroffene Menschen tun können, um sich dagegen zu wehren.

Was ist das Ziel von HateAid?

HateAid ist die bundesweit erste Anlaufstelle für Betroffene digitaler Gewalt. Wir setzen uns für einen besseren rechtlichen Schutz ein und sensibilisieren Politik, Justiz und Wirtschaft zu den Auswirkungen von Gewalt und Desinformation im Netz. Wir wollen erreichen, dass Plattformen von Anfang an sicher gestaltet werden, also zum Beispiel Vorkehrungen zum Kinder- und Jugendschutz treffen. Wir finden: Wenn Meta, X und Co. hier weiter viel Geld wollen, müssen sie sich auch an unsere Regeln halten.

Was war für Sie 2018 der Beweggrund, gemeinsam mit anderen HateAid zu gründen?

Wir haben HateAid gegründet, um die digitale Welt für alle zu einem positiven Ort zu machen. Soziale Medien sind unsere wichtigsten Debattenräume. Leider sind sie auch sehr leicht manipulierbar – durch digitale Gewalt und gezielt verbreitete Lügen. Menschen werden eingeschüchtert und trauen sich nicht mehr, ihre Meinung zu sagen. Es wird schwieriger, Fakten von Behauptungen zu unterscheiden. Das ist nicht nur ein Problem für Einzelne, sondern für unsere Demokratie.

Das ist nicht nur ein Problem für Einzelne, sondern für unsere Demokratie.

Welche Arten von digitaler Gewalt beobachten Sie? Welchen Anteil machen bei Ihrer Arbeit digitale oder auch sexualisierte Gewalt im Netz aus?

Aktuell beobachten wir eine besorgniserregende Zunahme digitaler Gewalt, die durch technologische Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz (KI) massiv verschärft wird.

Besonders problematisch sind KI-generierte Inhalte wie Deepfakes und Deepfake-Porn, die oftmals dafür eingesetzt werden, Betroffene zu schädigen oder sexualisierte Gewalt gegen sie auszuüben. Ein weiteres wachsendes Problem ist eine Automatisierung von Hassrede: Bots verbreiten massenhaft beleidigende oder bedrohliche Nachrichten.

Unterscheidet sich der Hass, der sich gegen Menschen des öffentlichen Lebens richtet, von dem, den Privatpersonen erfahren?

Zuerst einmal ist es wichtig festzuhalten, dass digitale Gewalt für jede betroffene Person schlimm ist. Personen, die in der Öffentlichkeit stehen, werden häufig zur Zielscheibe von Hass, weil sie eine öffentliche Rolle einnehmen. Privatpersonen hingegen erleben Hass häufiger im Zusammenhang mit persönlichen Konflikten, etwa durch die eigene Familie oder im Freundeskreis. Aber auch sie können durch Cybermobbing oder virale Ereignisse massiven Anfeindungen ausgesetzt sein.

Was können Betroffene tun?

Wenn Personen von digitaler Gewalt betroffen sind, sollten sie Beweise sichern, indem sie Screenshots, Links oder andere Nachweise der Hasskommentare oder Angriffe fotografieren und speichern. Anschließend sollten sie die Inhalte direkt auf der Plattform melden und im Zweifelsfall auch bei der Polizei anzeigen. Wir raten sehr dazu, dass sich Betroffene emotionale Unterstützung durch Vertrauenspersonen oder Beratungsstellen wie HateAid suchen.

Wie viele Menschen haben bislang Unterstützung durch HateAid erhalten?

Seit unserer Gründung 2018 hat die Beratungsstelle bei HateAid über 8.000 Fälle digitaler Gewalt bearbeitet. Mit wachsender Bekanntheit unserer NGO und leider auch der wachsenden Problematik durch schnelle Veränderungen der Technologien steigt die Zahl der Beratungsanfragen kontinuierlich an. Aktuell bekommt HateAid, nach Stand April 2026, circa 250 Unterstützungsanfragen im Monat.

Was ist aus Ihrer Sicht notwendig, um Nutzer*innen besser vor dem Missbrauch der eigenen Bilder zu schützen?

Aus unserer Sicht braucht es ein Bündel an Maßnahmen. Dazu gehört zunächst die ausdrückliche Strafbarkeit der Herstellung und Verbreitung von KI-generierten Inhalten, wenn sie ohne die Einwilligung der betroffenen Person erstellt oder verbreitet werden.

Ebenso wichtig ist die konsequente und zügige Durchsetzung bestehender europäischer Gesetze, die Plattformen sicherer



Foto: hateaid.org

Anna-Lena von Hoderberg
Gründungsgeschäftsführerin von HateAid

machen sollen (DSA und AI-Act). Ergänzend dazu müssen Beratungsangebote sowie Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen ausgebaut werden.

Wie können Online-Plattformen besser reguliert werden?

Aktuell bestimmt das Profitinteresse der Tech-Konzerne wie Meta oder Google über das Design und die Funktionsweise der großen Social-Media-Plattformen und Suchmaschinen. Das muss sich ändern: So wie in der analogen Welt brauchen wir auch online bestimmte Sicherheitsstandards, die nicht verhandelbar sind. Und die müssen wir auch gegen die mächtigen Interessen der meist amerikanischen Konzerne durchsetzen.

Interview: Veronica Sina

ADAC-Untersuchung zeigt Schwierigkeiten für seh- und mobilitätseingeschränkte Fahrgäste in zehn Städten

Barrieren im ÖPNV immer noch verbreitet

Damit der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sein volles Potenzial entfaltet, muss er allen offen stehen – auch Menschen mit Behinderungen. Eine Untersuchung des ADAC erkennt hier nach wie vor große Lücken. Insbesondere Informationssysteme und Einstiege von Bussen und Bahnen seien häufig nicht an den Bedürfnissen von Fahrgästen mit Beeinträchtigungen ausgerichtet.

Für Menschen mit Behinderungen ist das Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln vielerorts mit erheblichem Mehraufwand verbunden. Defekte Aufzüge, nicht barrierefreie Haltestellen und fehlende Informationen führen zu Umwegen und längeren Reisezeiten.

„Problemloses Reisen ist für Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Nahverkehr noch immer nicht möglich“, erklärt die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier in einer Reaktion auf die Ergebnisse der Untersuchung. „Dabei ist Mobilität eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Gerade Menschen mit Behinderungen sind auf ein barrierefreies Verkehrsnetz angewiesen, weil öffentliche Verkehrsmittel für sie häufig die einzige Möglichkeit zur selbstständigen Mobilität darstellen.“

Vor allem Einstieg in Bus oder Bahn oft ein Problem

Für einen aktuellen Test untersuchte ein Ingenieurbüro im Auftrag des ADAC knapp 150 Haltepunkte in zehn mittelgroßen, deutschen Städten aus der Perspektive von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und ortskundigen blinden Nutzer*innen. Dazu zählten unter anderem Augsburg, Braunschweig, Erfurt, Magdeburg, Mannheim und Rostock. Im Mittelpunkt stand der gesamte Weg vom Gehsteig über die Haltestelle bis zum Einstieg in Bus oder Straßenbahn.

Grundlegende Elemente der Barrierefreiheit waren an vielen Haltestellen vorhanden. So verfügten 93 Prozent der untersuchten Haltestege über Leitstreifen entlang der Bord-

steinkante. Ausreichend breite Warteflächen gab es bei 87 Prozent, gut begehbbare Haltestege bei 83 Prozent der Stationen.

Die größten Probleme bestehen beim Einstieg. Nach den geltenden Empfehlungen sollten sowohl der Spalt als auch der Höhenunterschied zwischen Haltestelle und Fahrzeug höchstens fünf Zentimeter betragen. Diesen Wert erreichten lediglich 20 Prozent der Straßenbahnen und drei Prozent der Busse. Viele Fahrgäste bleiben deshalb auf Rampen oder Unterstützung angewiesen. Vergleichsweise am besten ausgestattet sind die Straßenbahnen in Chemnitz, wo 60 Prozent einen stufenlosen Einstieg ermöglichen, sowie Erfurt und Mannheim mit jeweils etwa 40 Prozent.

Barrieren beginnen meist bereits vor der Haltestelle

Dabei sind stufenlose Zugänge für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung, um Bus und Bahn selbstständig nutzen zu können. Wie eine ADAC-Umfrage im Vorfeld des Tests zeigte, halten 23 Prozent der Bevölkerung sie für unbedingt notwendig. Weitere 17 Prozent sehen in ihnen eine große Erleichterung. Mit zunehmendem Alter steigt ihre Bedeutung: Für 32 Prozent der 60- bis 69-Jährigen sind ebene Einstiege unverzichtbar.

Die Untersuchung identifiziert außerdem erhebliche Hürden für blinde und sehbeeinträchtigte Fahrgäste. Quer über den Gehweg verlaufende Leitstreifen, die das Finden einer Haltestelle ermöglichen, gab es nur bei 58 Prozent der untersuchten Haltestege. Radwege in Zugangs- und Einstiegsbereichen

waren lediglich in 16 Prozent der Fälle durch Bodenindikatoren abgesichert.

Zur Barrierefreiheit im ÖPNV gehört unterdessen deutlich mehr. Aus Sicht des SoVD darf sie nicht erst am Bahnsteig beginnen. Häufig seien bereits die Wege zu den Haltestellen nicht zugänglich. Hinzu kämen defekte Aufzüge und unzuverlässige Informationen.

„Vorhandene Apps mit Informationen über Aufzüge sind häufig nicht auf dem aktuellen Stand. Wer auf einen Aufzug angewiesen ist, erfährt dann unter Umständen erst vor Ort, dass der geplante Weg nicht nutzbar ist“, kritisiert Engelmeier.

SoVD fordert bundesweit einheitliche Standards

Zwar habe es in den letzten Jahren einige Verbesserungen gegeben, die auch der SoVD anerkennt. Dazu zählen Fortschritte durch Niederflrfahrzeuge, mobile Rampen und Blindenleitsysteme. Die Maßnahmen seien jedoch häufig lückenhaft. „Blindenleitsysteme hören nicht selten dort auf, wo das eigentliche Ziel noch gar nicht sicher erreicht ist“, erklärt Engelmeier. Der Verband fordert deshalb bundesweit einheitliche und verbindliche Vorgaben, etwa im Personenbeförderungsgesetz. Barrierefreiheit dürfe nicht vom Wohnort abhängen. Auch Menschen mit Behinderungen müssten frühzeitig in die Planung neuer Haltestellen und Umbauten einbezogen werden.

„Die 13 Millionen Menschen mit Behinderungen in Deutschland und ihre Angehörigen warten seit Langem auf mehr Barrierefreiheit“, so Engelmeier. „Gleichberechtigte Teilhabe



Foto: romaset / Adobe Stock

Große Lücken zwischen Haltestelle und Bus machen den Einstieg ohne Rampe für Rollstuhlfahrende oft schwierig.

darf nicht als wirtschaftliche Belastung betrachtet werden.“

Sie unterstreicht noch einmal die Kritik des SoVD am aktuellen Entwurf des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG). Darin werden notwendige Umbauten für mehr Barrierefrei-

heit als unverhältnismäßige Belastungen bezeichnet. Dies sei ein „Schlag ins Gesicht für Menschen mit Behinderungen“ und ein Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention, zu deren Umsetzung Deutschland verpflichtet sei. str



Interview

„Wir sollten mehr aufeinander achten“

Tyll-Niklas Reinisch ist Bundesvorsitzender der SoVD-Jugend. Er ist Rollstuhlfahrer und regelmäßig im ganzen Land unterwegs. Hier spricht er über seine Erfahrungen in Bussen und Bahnen und darüber, was sich verbessern muss.

Du kennst die Herausforderungen für Rollstuhlfahrende aus erster Hand. Was sind deine Erfahrungen im ÖPNV?

Die Bemühungen sind erkennbar. Allerdings sind die Bedingungen häufig noch unzureichend: Nicht angepasste Bahnsteighöhen, defekte Aufzüge, ein barrierefreier Bahnsteigzugang, der im Winter nicht geräumt ist, oder die zu geringe Zahl an Plätzen sind Probleme. Gerade bei den Plätzen „konkurriere“ ich als Rollstuhlfahrer ja auch mit Kinderwagen, Rollatoren oder Fahrrädern.



Foto: Wolfgang Borrs

Tyll-Niklas Reinisch

Was muss konkret besser werden?

Neben der reinen Platzanzahl vor allem die räumlichen Gegebenheiten: Die Nutzung darf nicht an fehlenden Infos, zu niedrigen oder zu engen Steigen sowie an fehlender Unterstützung scheitern. Gesamtgesellschaftlich sollten wir mehr aufeinander achten.

Nimmst du Unterschiede zwischen Stadt und Land wahr?

Die Lage in den Städten ist besser, weil es mehr Angebote gibt. Sie sind allerdings häufig voller und es wird weniger aufeinander geachtet. Auf dem Land kann man vieles durch eine persönliche Begegnung auffangen, wenn denn die Busse überhaupt regelmäßig fahren.

Hast du Forderungen an die Politik?

Junge Menschen mit Behinderungen wollen unabhängig unterwegs sein, egal ob zur Schule, Ausbildung, Arbeit, zum Sport oder zu Freund*innen. Dafür braucht es einen ÖPNV, der verlässlich barrierefrei ist. Barrierefreiheit darf nicht vom Wohnort abhängen und muss bei Planung, Finanzierung und Betrieb von Anfang an mitgedacht – auch durch das Einbeziehen von Betroffenen.

Interview: Sebastian Triesch



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Nicht einmal 60 Prozent der getesteten Haltestege verfügten über Auffindestreifen im Gehweg, die mit dem Blindenstock ertastet werden können.

Preisverleihung beim SoVD-Inklusionslauf am 10. Oktober in Berlin

SoVD-Superheld*innen 2026

Die Superheld*innen des Jahres 2026 stehen fest. Aus den eingegangenen Vorschlägen kürte eine SoVD-Jury unter dem Vorsitz der Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier die diesjährigen Preisträger*innen. Sie erhalten ihre Auszeichnung mit Urkunde und einen Zuschuss für die Verbandsarbeit beim SoVD-Inklusionslauf in Berlin. Viele Menschen aus den Kreis- und Ortsverbänden leben tagtäglich Gemeinschaft und Solidarität, oft seit Jahrzehnten und meist im Verborgenen. Ohne ihr Tun wäre der SoVD nicht das, was er ist: Sie sind sein Rückgrat. Mit der Auszeichnung als „Superheld*in des Jahres“ bedankt sich der Verband für ihren Einsatz.

Die Aktion „SoVD-Superheld*in“ läuft auch 2027 weiter. Haben Sie einen Vorschlag? Dann schicken Sie einfach eine E-Mail mit Namen der nominierten Person, einer Beschreibung ihres Engagements und einem Foto an: sovd-superhelden@sovd.de – oder nutzen Sie dafür im Internet unter www.sovd.de/sovd-superhelden das Formular!



**Regina und Günther
Ruckdäschel**

**Mitglieder seit
2011, Landesver-
band Bayern**

**Engagiertes
Duo**

Wenn von gelebter Solidarität, sozialem Engagement und Menschlichkeit die Rede ist, dann führt in Michelau kaum ein Weg an Regina und Günther Ruckdäschel vorbei. Seit der Gründung des SoVD-Ortsverbandes Michelau im Jahr 2011 prägen beide mit außergewöhnlichem Einsatz das soziale Leben ihrer Region. Was einst mit persönlicher Hilfe in einer schwierigen Lebenssituation begann, entwickelte sich für Günther Ruckdäschel zu einer Herzensaufgabe: Menschen unterstützen, begleiten und ihnen eine starke Stimme geben. Aus Dankbarkeit für die Hilfe, die er selbst erfahren durfte, entstand ein Engagement, das bis heute unzähligen Menschen zugutekommt.

Gemeinsam haben Regina und Günther einen Ortsverband aufgebaut, der weit mehr ist als eine Anlaufstelle für Sozialberatung. Der SoVD Michelau ist Begegnungsort, Unterstützungsnetzwerk und soziale Heimat für Menschen jeden Alters geworden. Monatliche Sozialsprechtag, Hilfe bei Anträgen und Widersprüchen, Unterstützung bei Arzt- und Behördenterminen, Hausbesuche sowie persönliche Begleitung in schwierigen Lebenssituationen gehören seit Jahren zu ihrem Alltag.

Besonders beeindruckend ist dabei das Zusammenspiel der beiden: Während Günther Ruckdäschel als Vorsitzender des Ortsverbandes, Delegierter, Bezirksfunktionär und inzwischen sogar als 2. Landesvorsitzender des SoVD Bayern Verantwortung übernimmt, bringt Regina Ruckdäschel ihre Erfahrung als Schriftführerin, Delegierte, Bezirksvorstandsmitglied und Landesfrauensprecherin ein. Gemeinsam vertreten sie die Werte des SoVD weit über Michelau hinaus.



Siegrid Voß

**Mitglied seit 2000,
Landesverband
Schleswig-
Holstein**

**Tatkräftige
Organisatorin**

Sie hat über viele Jahre hinweg weit mehr geleistet, als man im Ehrenamt erwarten kann. 16 Jahre lang führte sie bis März dieses Jahres den Ortsverband Witzwort mit außergewöhnlicher Beständigkeit, Verlässlichkeit und Hingabe. Die Art und Weise, wie Siegrid Voß ihr Amt ausfüllte, macht ihr Wirken wirklich besonders. Mit Herz, Tatkraft vor allem aber mit bemerkenswertem persönlichem Einsatz organisierte sie jeden Monat Veranstaltungen für rund 500 Mitglieder mit persönlicher Präsenz und echter Nähe zu den Menschen. Ob Halb- und Tagesfahrten oder mehrtägige Reisen, gesellige Lottoabende oder viele andere gemeinschaftliche Aktivitäten: Siegrid Voß hat Räume für Begegnung geschaffen, die den sozialen Zusammenhalt im Verband nachhaltig gestärkt haben und stärken.

Darüber hinaus war sie bei festlichen Anlässen wie Einschulungen, runden Geburtstagen stets zur Stelle. Auch in der Verbandsarbeit war sie eine tragende Säule und übernahm viele Aufgaben selbst – nicht aus Pflichtgefühl allein, sondern aus einem tiefen Verantwortungsbewusstsein. Sie war über all die Jahre hinweg die verlässliche Konstante, auch wenn sich personelle Strukturen im Vorstand veränderten.

Besonders hervorzuheben ist ihr feines Gespür für die Bedürfnisse der Mitglieder – insbesondere der älteren und weniger mobilen. Ihr Einsatz endete nicht bei der Organisation: Bei Ausflügen war sie oft die Letzte, die darauf achtete, dass niemand zurückbleibt. Dieses gelebte Miteinander ist es, was den SoVD im Kern ausmacht und was sie in herausragender Weise verkörpert. Siegrid Voß hat ihr Amt nicht nur ausgeübt – sie hat es mit Leben gefüllt und weit über das übliche Maß hinaus gestaltet.



Ingrid Beyer

**Mitglied seit 2003,
Landesverband
Niedersachsen**

**Im Einsatz
für Solidarität**

Als Vorsitzende des Ortsverbandes Hannover-Mitte, engagierte Sozialpolitikerin und leidenschaftliche Kämpferin für Teilhabe und Solidarität setzt sie sich mit außergewöhnlichem Einsatz für die Belange anderer Menschen ein. Besonders ragt Ingrid Beyers Engagement für den Erhalt des Aegidius-Hauses in Hannover heraus. Gemeinsam mit einem Bündnis aus Betroffenen, Ehrenamtlichen und Unterstützer*innen organisierte sie Protestaktionen, Gespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen und öffentliche Aufmerksamkeit für Familien, die auf die wichtige Einrichtung angewiesen sind. Für Ingrid war klar: Wegsehen ist keine Option, wenn soziale Infrastruktur und Unterstützung für pflegebedürftige Kinder und ihre Familien auf dem Spiel stehen.

Doch ihr Einsatz endet nicht dort. Ob in sozialpolitischen Ausschüssen, in der Verbandsarbeit vor Ort oder bei Veranstaltungen für Inklusion und gesellschaftlichen Zusammenhalt – Ingrid Beyer bringt Menschen zusammen, macht auf Missstände aufmerksam und sucht nach Lösungen. Ihr Engagement steht für das, was den SoVD ausmacht: füreinander einstehen, Verantwortung übernehmen und soziale Gerechtigkeit aktiv gestalten.

Als Sprecherin für sozialpolitische Themen im Kreisverband Hannover-Stadt vertritt sie die Werte des SoVD weit über die Verbandsgrenzen hinaus und zeigt, dass eine solidarische Gesellschaft nur funktioniert, wenn Menschen bereit sind, sich einzumischen und Verantwortung zu übernehmen. Beim Aegidius-Lauf, in politischen Gesprächen oder im Austausch mit Betroffenen – Ingrid Beyer lebt das Motto des SoVD jeden Tag aufs Neue.



alle Fotos: Wolfgang Borrs

Michaela Engelmeier, SoVD-Vorstandsvorsitzende.

Rebecca Liebig, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes.

Andrea Kocsis, stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende.

Silke Zimmer, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes.

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende.

21. Frauen-Alterssicherungskonferenz von SoVD und ver.di beleuchtet Regierungspläne zu Rente und Arbeit

Reformen mit gravierenden Folgen für Frauen

Gemeinsam veranstalteten die Gewerkschaft ver.di und der SoVD am 7. Juli zum 21. Mal die Frauen-Alterssicherungskonferenz (FASK) in Berlin. Der Zeitpunkt hätte kaum besser passen können: Just hatte die Bundesregierung verkündet, alle 33 Vorschläge der Alterssicherungskommission „eins zu eins“ umsetzen zu wollen. Auch Pläne zur Arbeitszeitpolitik schlugen hohe Wellen; hier sind Details noch strittig. Beides betrifft Frauen besonders. Hilft etwas davon der Gleichstellung – und gegen Altersarmut?

Frauen sind strukturell benachteiligt: im Job, beim Einkommen, bei der Sorgearbeit und darum bei der Rente. Das berücksichtigt der Diskurs kaum, meinen SoVD und ver.di. Sie prüften, ob die Reformen etwas gegen Armut und Benachteiligung, für wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen tun – oder andere Folgen haben.

Vom SoVD vor Ort waren die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, der Frauenpolitische Ausschuss und hauptamtliche Mitarbeiterinnen. Im vollen Saal der ver.di-Bundesverwaltung saßen auch Männer. Zudem nahmen viele online teil. Vormittags ging es um Rente, nachmittags um Arbeitszeitpolitik.

Einiges überfällig, anderes schädlich für Gleichstellung

Michaela Engelmeier und Rebecca Liebig vom ver.di-Vorstand eröffneten die Konferenz. Engelmeier sortierte Vorschläge der Kommission: gut oder schlecht? Endlich seien Forderungen von SoVD und ver.di eingeflossen. „Die Einbeziehung der Selbstständigen und Abgeordneten in

die gesetzliche Rentenversicherung! Wer hätte gedacht, dass uns das mal gelingt?“ Beamt*innen müssten noch dazukommen.

Positiv seien auch „zwei längst überfällige Maßnahmen“: ein Freibetrag in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ohne 33 Grundrentenjahre und das Ende der Minijobs. „Denn es sind immer noch zu oft Frauen, die, um Familie und Beruf vereinbaren zu können, Minijobs annehmen und damit schlechter fürs Alter gesichert sind.“

Rentenhöhe und -beginn müssen planbar sein

„Riskant und falsch“ nannte Engelmeier die gesetzliche Kapitalrente, „Renditen auf dem Kapitalmarkt sind nicht kalkulierbar.“ Ebenso negativ seien das Auslaufen der Haltelinie beim Renteniveau, ein höheres Rentenalter und weniger Frührentenmöglichkeiten: „Alterssicherung ist etwas, worauf sich die Menschen verlassen können müssen!“

Auch Liebig kritisierte das Abschaffen der abschlagsfreien Altersrente für besonders lang-

jährig Versicherte (oft fälschlich „Rente mit 63“; beginnt heute später): „Wir sprechen von Menschen, die 45 Jahre eingezahlt haben, sich den Rücken krumm gemacht haben.“ Viele könnten schon früher nicht mehr arbeiten. Ihre zweite Kritik traf den Arbeitsmarkt: die Ausweitung der sachgrundlosen Befristung. Sie gehe zulasten junger Menschen.

Moderiert von Dr. Judith Kerschbaumer, Bereichsleiterin Sozialpolitik bei ver.di, gab es ver.di-Positionen von Andrea Kocsis und ein Interview: Aus Paris zugeschaltet war Dr. Monika Queisser. Die Wissenschaftlerin leitet bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Abteilung Sozialpolitik – und ist Mitglied der deutschen Alterssicherungskommission. Sie erklärte einige der 33 Empfehlungen, etwa zu Sicherungsniveau, Renteneintritt und Kapitalrente. Dr. Queisser verglich zudem mit Systemen anderer OECD-Länder.

SoVD und ver.di wehren sich gegen neue Risiken. Sie fordern, die gesetzliche Rente nicht zu schwächen, sondern zu stärken – und zu ergänzen: mit einer verbindlichen betrieblichen Altersvorsorge. Sie sei auch kapitalbasiert, aber verlässlich statt spekulativ. Die bisher freiwillige Betriebsrente nutzen nur rund die Hälfte der Beschäftigten. Frauen könnten profitieren.

Resolution: „Hände weg vom Arbeitszeitgesetz!“

Eingeführt von ver.di-Vorständin Silke Zimmer und moderiert von Dr. Simone Real, stellvertretende Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim SoVD, ging es um Arbeitszeitpolitik. Deutlich wurde: Flexibilisierung der Acht-Stunden-Tagesgrenze geht zu-



„Schalte“ nach Paris zur OECD: Dr. Monika Queisser, von der Bundesregierung in die Rentenkommission berufen, erklärte Vorschläge.

lasten der Arbeitnehmenden, vor allem Frauen. Junge Frauen treffe es doppelt, so die ver.di-Jugend.

Klare Worte fand die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack: zum „gleichstellungspolitischen Backlash, im letzten Jahrhundert stecken geblieben“. Arbeitsschutz aufzuweichen und es mit Gleichstellung zu begründen, sei „dämlich und dreist“. Die Teilzeitrecht-Debatte sei falsch. Zur Bekämpfung von Altersarmut stehe in den Plänen nichts.

Dr. Leoni Linek von der Bundesstiftung Gleichstellung unterzog vier Arbeitszeitmodelle einem Gleichstellungs-Check.

Nach lebhafter Debatte fanden SoVD und ver.di: Zeit, gegen Sozialabbau zu mobilisieren!

Die FASK-Teilnehmenden beschlossen eine Erklärung, vorgestellt vom Orga-Team, Karin Schwendler, Dr. Judith Kerschbaumer (ver.di) und Dr. Simone Real (SoVD). Einige Forderungen sind: Rente stärken, Niveau stabilisieren und auf 53 Prozent heben, Pflicht-Betriebsrente, keine unregulierte Arbeitszeitflexibilisierung, Sorgearbeit aufwerten, prekäre Beschäftigung bekämpfen, Erwerbstätigenversicherung schaffen! Der Wortlaut steht auf www.sovd.de bei „Frauen“. *ele*



Frauenpolitischer Ausschuss mit seiner Vorsitzenden Jutta König (3. v. re.), Michaela Engelmeier (4. v. li.) und SoVD-Referentinnen.



Dr. Leoni Linek, Bundesstiftung Gleichstellung, mit Zeitmodellen.



Saaldebatte: Die ver.di-Jugend brachte junge Perspektiven ein.

Staffelstabübergabe an ein Duo

Der 2. Juli war ein Meilenstein in der Geschichte des SoVD Hamburg. Vor rund 100 Gästen übergab Klaus Wicher im „Haus des Sports“ nach 15 Jahren als ehrenamtlicher Landesvorsitzender den Staffelstab an zwei hauptamtliche Vorstände: Dr. Sally Peters und Mathias Mollenhauer sind das neue Führungsduo.

Wicher betonte, die strukturellen Veränderungen zeigten, „wie viel Zukunft in unserem Verband steckt“. Die Herausforderungen seien nur mit ehrenamtlicher Arbeit nicht mehr zu bewältigen. „Unsere Beratungsleistungen müssen ausgebaut und digitaler werden, unsere Stimme muss mehr als bisher politisch laut sein, um soziale

Gerechtigkeit einzufordern, und wir müssen unsere Netzwerke erweitern, um gesellschaftliche Veränderungen mitzugestalten.“ Mareike Engels, Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft und Mitglied der Grünen, würdigte und dankte Wicher; ebenso Susanne Langhagel, weitere frauenpolitische Sprecherin. „Es ist ein Glücksfall, dass Sie

dem Verband erhalten bleiben.“ „Sie treten in große Fußstapfen“, so Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier zu den beiden hauptamtlichen Vorständen. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit. In Berlin habe sich das Modell bereits bewährt. Bruno Hartwig, Vorsitzender der Bundeskonferenz, betonte, der Weg des SoVD Hamburg sei keine Abkehr vom Ehrenamt, sondern Ausdruck von Entwicklung und einer Vorreiterrolle. Das sah auch Dr. Peters so: „Beim SoVD Hamburg gibt es unglaublich viel, worauf wir aufbauen können.“ Sie ist überzeugt: „Menschen brauchen nicht nur Unterstützung im Einzelfall. Sie brauchen Strukturen, die Teilhabe ermöglichen.“ Mollenhauer liegt vor allem die Rechtsberatung am Herzen. Viel Potenzial habe das neue Programm „SoVDigital“. Bald könne man alle Gebiete des Sozialrechts digital bedienen – für die Mitglieder ein in Deutschland einzigartiges Angebot.

Klaus Wicher, Mitglied in SoVD-Verbandsrat und Bundeskonferenz sowie bisher Hamburgs langjähriger 1. Landesvorsitzender, wechselt in den Vorsitz des neuen Landesverbandes. Seit 2008 im SoVD, übernahm Wicher ab 2011 den Landesvorsitz und Ämter auf Bundesebene. Aktuell leitet er auch den Gesellschaftspolitischen Ausschuss.



Foto: Jonas Walzberg



Foto: privat

Dr. Sally Peters ist neue hauptamtliche Vorstandssprecherin des SoVD Hamburg. Sie übernimmt die Außenvertretung, die Bereiche Marketing, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Strategieentwicklung und Weiterentwicklung der Sozialpolitik. Dr. Peters war zuletzt geschäftsführende Direktorin am Institut für Finanzdienstleistungen (iff).



Foto: Jonas Walzberg

V. li.: Dr. Sally Peters, Klaus Wicher und Mathias Mollenhauer.

Auch Mathias Mollenhauer ist nun hauptamtlicher Hamburger SoVD-Vorstand. Der Volljurist gehörte schon seit 2023 der Geschäftsführung des Landesverbandes an. Künftig verantwortet er insbesondere die Verwaltungsbereiche. Zuvor war Mollenhauer unter anderem Geschäftsführer des Sozialverbandes VdK Thüringen.



Foto: Henning Schacht

Interview

Männer für faire Sorgearbeit

Haushalt, Kinder, Angehörigenpflege: Für unbezahlte Sorgearbeit (englisch „Care“) wenden Frauen täglich im Schnitt eine Stunde und 19 Minuten mehr Zeit auf als Männer. Wie kann sich das ändern? „SoVD – Soziales im Blick“ fragte beim Bundesforum Männer – Interessenverband für Jungen, Männer und Väter e. V. (BFM) nach. Unter dessen Dach engagieren sich über 40 Organisationen für gleichstellungsorientierte Männerpolitik. Ein Gespräch mit Karsten Kassner, Referent für Grundsatzfragen.

__Frauen leisten 43,4 Prozent mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer. Ist das bei euch Thema?

Ja, das ist sogar ein ganz zentrales Thema. Viele Väter wollen sich heute stärker in Familie und Sorgearbeit einbringen.

Dabei hilft, wenn sich „Caring Masculinities“ als neues normatives Leitbild etabliert. Sorge um sich selbst, um andere und um die Welt sollte auch für Männer selbstverständlich sein. Das wäre eine Abkehr von einem traditionellen Männlichkeitsbild – und Männer hätten dabei selbst etwas zu gewinnen.

__Es geht also nicht nur um faires Verhalten, sondern dass Männer auch was davon haben?

Genau! Es geht um eigene Gesundheit, Selbstsorge und eine bessere Beziehungsfähigkeit. Das Leitbild verbindet eine andere Idee von Männlichkeit mit konkretem Verhalten im Alltag.

__Wie bewegt sich da etwas?

Vor allem mit einer positiven Erzählung, die an eigenen Bedürfnissen und Sehnsüchten ansetzt – weniger mit Shaming und Blaming. Aus feministischer Perspektive stimmt es natürlich: Männer müssen mehr machen! Aber der Appell allein führt oft zu Abwehr statt zu eigener Motivation. Am Ende des Lebens sagen wohl die wenigsten Männer, wirklich wichtig sei ihnen die Zeit für den Beruf gewesen. Wichtig sind die Beziehungen zu den engsten Menschen, für die sie oft zu wenig Zeit hatten. Hinzu kommt Verantwortung: Wir haben gemeinsam Kinder, einen gemeinsamen Haushalt, also sollten wir den Laden auch gemeinsam schmeißen.

__Laut Studien wünschen sich auch Männer mehrheitlich eine gleichberechtigte Aufteilung. Wieso ist die Realität anders?

Der Soziologe Ulrich Beck

sprach schon in den 80er-Jahren von „verbaler Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“. Das gilt teils noch heute, greift aber zu kurz. Viele Väter sind heute präsenter als ihre eigenen Väter. Von gleicher Aufteilung sind wir dennoch weit entfernt. Männer, die es anders machen wollen, stoßen auf verschiedene Hindernisse: gesellschaftliche Normen, verinnerlichte Geschlechterbilder und Rahmenbedingungen, die alte Muster der Arbeitsteilung begünstigen.

Ganz deutlich wird das bei der Familiengründung. Vor dem ersten Kind leben Paare oft relativ gleichberechtigt. Danach bleibt häufig sie zu Hause und kehrt später in Teilzeit zurück, während er weiter in Vollzeit arbeitet. So verfestigt sich ein Muster, die sogenannte Retraditionalisierung. Um hier was anders zu machen, müssen Paare aktiv gegensteuern. Verstärkt wird das Muster, wenn er mehr verdient oder im Betrieb zwar kurze El-

ternzeiten akzeptiert sind, längere Auszeiten oder reduzierte Arbeitszeiten für Väter aber nicht.



Foto: Janine Kuehn / BFM

Karsten Kassner
Bundesforum Männer

__Und wie geht es nun weiter?

Ich glaube, viel passiert über Erfahrungslernen – jenseits politischer Bekenntnisse. Wir müssen Gelegenheiten schaffen und Räume ausweiten, in denen Männer Sorgearbeit konkret tun und erleben können. Damit sie auf den Geschmack kommen, die Perspektive ihrer Partnerin besser verstehen und so mehr Verantwortung übernehmen. Wenn das immer mehr tun, wird es immer selbstverständlicher. Familien- und Gleichstellungspolitik kann das aktiv fördern.

Interview: Eva Lebenheim
Infos: bundesforum-maenner.de

„Was machst du zu Hause?“

Eine Online-Kampagne vom „Bündnis Sorgearbeit fair teilen“ soll vor allem Männer, die sich mit dem Thema kaum befasst haben, für Sorgearbeit sensibilisieren. Im Bündnis treten aktuell 33 Organisationen für geschlechtergerechte Aufgabenteilung ein. Der SoVD ist schon seit 2020 dabei. Zu den Gründern zählt auch das Bundesforum Männer (siehe Interview), in dem der SoVD seit Juni Mitglied ist.

#CareUnited ruft in den sozialen Medien wie Instagram und Facebook auf, offenzulegen: „Was machst du zu Hause?“ Unter dem Hashtag kann man Beiträge verfolgen oder Männer markieren und dafür nominieren, die Frage zu beantworten. Das soll dazu anregen, nachzudenken, wer zu Hause an alles denkt und Verantwortung trägt. Influencer machen dabei mit.

Auf Instagram bitte stets @buendnis_sorgearbeit mitmarkieren! Mehr steht auch bei @sovd_bund. ele

Parlamentarischer Abend des SoVD Niedersachsen

Im Juni richtete der SoVD-Landesverband Niedersachsen seinen Parlamentarischen Abend in Hannover aus. Der Verband konnte Gäste aus der Landes- und Kommunalpolitik, Vertreter*innen der demokratischen Fraktionen – SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen – sowie Vertreter*innen befreundeter Verbände und Kooperationspartner*innen begrüßen. Neben den aktuellen politischen Entwicklungen wurde am Abend insbesondere die Generationengerechtigkeit in den Kommunen besprochen.

Zuhören, austauschen und voneinander lernen: Der Parlamentarische Abend, den der SoVD ausrichtete, war eine wichtige Gelegenheit, zu netzwerken und die gesellschaftspolitischen Positionen des Verbandes zu verdeutlichen. Unter den Gästen waren Politiker*innen, Netzwerkpartner*innen und Vertreter*innen befreundeter Verbände. Begrüßt wurden sie vom Vorstandsvorsitzenden Dirk Swinke und vom Vorstand Dirk Kortylak, außerdem von Barbara Otte-Kinast, der stellvertretenden Landtagspräsidentin, und dem niedersächsischen Sozialminister Dr. Andreas Philippi. Dr. Philippi nahm in seinem Grußwort unter anderem Bezug auf die aktuellen Reformvorhaben der Bundesregierung im Bereich Gesundheit und Rente. In diesem Zusammenhang würdigte er das Engagement des SoVD und seiner Mitstreiter*innen, die während der Gesundheitsministerkonferenz in Hannover sowie auf einer Kundgebung am Landtag gegen die Pläne demonstriert hatten. Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, machte die



Landtagsvizepräsidentin Barbara Otte-Kinast (CDU) sprach ein Grußwort.

Forderungen des „Bündnisses starker Sozialstaat“ nochmals mit Nachdruck deutlich und forderte den Sozialminister auf, diese nach Berlin zur Bundesregie-



Dirk Swinke forderte den Sozialminister Dr. Andreas Philippi (rechts) auf, sich auf Bundesebene gegen die geplanten Reformen einzusetzen.

rung zu tragen und sich gegen die Kürzungspläne einzusetzen. Passend zur Kommunalwahl, die in Niedersachsen am 13. September stattfindet, stand auch

die Generationengerechtigkeit in den Kommunen im Fokus. Wie können alle Menschen vor Ort teilhaben und ein gutes Leben führen? Delia Balzer, Projektleiterin „Landesinitiative Niedersachsen Generationengerechter Alltag“, stellte die Arbeit ihrer Initiative vor und hielt ein Impulsreferat zum Thema „Gemeinsam für die Zukunft: Generationengerechtigkeit vor Ort“. Ein gutes Leben vor Ort, und zwar für alle Menschen – genau das ist auch der Anspruch des aktuellen Kampagnen-Schwerpunktes von „Für mehr Miteinander“. Die Kampagne führt der SoVD mit wechselndem Fokus seit 2024 durch. Derzeit dreht sich alles um die Kommunalwahl. Die Forderungen des Verbandes können unter www.fuer-mehr-miteinander.de/kommunalwahl nachgelesen werden.



Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender, und Dirk Kortylak, Vostand des SoVD in Niedersachsen, begrüßten die Gäste. Die Veranstaltung wurde von einer Gebärdensprachdolmetscherin begleitet.



Unter den Gästen des Parlamentarischen Abends in Hannover waren Landes- und Kommunalpolitiker*innen, Netzwerkpartner*innen und Vertreter*innen befreundeter Verbände.

Zehn-Punkte-Plan für mehr Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

Niedersachsens Arbeits- und Sozialminister Dr. Andreas Philippi hat einen Zehn-Punkte-Plan für das Land vorgelegt, mit dem mehr Menschen mit Behinderung einen Job auf dem regulären Arbeitsmarkt finden sollen. Der SoVD in Niedersachsen begrüßt die Maßnahmen, mahnt aber auch an, die Pläne jetzt schnell umzusetzen, Werkstätten für Menschen mit Behinderung stärker einzubeziehen und die Potenziale in Kleinbetrieben stärker zu nutzen.

In Niedersachsen sind Menschen mit Behinderung häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Menschen ohne Behinderung. Ihre Arbeitslosenquote lag im vergangenen Jahr bei 12 Prozent im Vergleich zu 7,6 Prozent. „Menschen mit einer Behinderung haben genauso viel Fachwissen und Motivation wie andere. Sie auf dem regulären Arbeitsmarkt zu beschäftigen, ist nicht nur im Hinblick auf gleichberechtigte Teilhabe wichtig, sondern in Zeiten des Fachkräftemangels dringend notwendig“, betont Dirk Kortylak, Vorstand des SoVD in Niedersachsen. Der

erarbeitete Zehn-Punkte-Plan sei deshalb sehr zu begrüßen. „Besonders das sogenannte Job-Carving – also das Anpassen der Jobs an die Betroffenen und nicht andersherum – ist aus unserer Sicht von großer Bedeutung. In den USA gibt es das bereits seit den 1990er-Jahren. Auch wir sollten das massiv fördern“, so Kortylak weiter. Beim Maßnahmenkatalog fehlen dem größten Sozialverband in Niedersachsen allerdings zwei Dinge: eine bessere Verzahnung mit den Werkstätten für Menschen mit Behinderung und eine stärkere Nutzung

des Know-hows kleiner Unternehmen. „Hier ist die Beschäftigungsquote der Menschen mit Behinderung in den zurückliegenden Jahren um 33 Prozent gestiegen – und das ohne eine Verpflichtung. Hier gibt es also positive Erfahrungswerte, die wir dringend nutzen müssen“, fordert der SoVD-Vorstand. Außerdem müssten Werkstätten für Menschen mit Behinderung einen besseren Übergang in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. „Die Übergangsquote ist bislang viel zu gering“, sagt Kortylak und ergänzt: „Wichtig ist, dass die guten Vorschläge jetzt



Mit offenen Arbeitgeber*innen und kleinen Anpassungen von Büroräumen – sofern erforderlich – kann Inklusion im Job oftmals leicht verwirklicht werden.

schnell angepackt werden und an manchen Stellen noch nachgebessert wird. Wir brauchen

mehr Menschen mit Behinderung auf dem regulären Arbeitsmarkt.“

Aktionsbündnis „Sozialstaat ist Zukunft“ demonstrierte gegen Sozialabbau

Sozialstaat stützt Demokratie!

Am 13. Juli bekam die Bavaria in München wieder Besuch: Gewerkschaften und Sozialverbände protestierten vor ihr. Der DGB Bayern hatte zu seiner Kampagne „Sozialstaat ist Zukunft“ ein Bündnis aus 25 Verbänden und Gewerkschaften aus Bayern eingeladen, um Geschlossenheit zu demonstrieren.

Neben dem DGB Bayern sind unter anderem die IG Metall, ver.di, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der Bayerische Jugendring, die Sozialverbände Awo, VdK und SoVD sowie Caritas und Diakonie Teil des Aktionsbündnisses.

Der Vorsitzende des DGB Bayern, Bernhard Stiedl, warnte auf der Theresienwiese in München vor einem großen Sozialstaatsabbau: „Wir wehren uns gegen

den Mythos, der Sozialstaat sei nicht mehr bezahlbar.“ Er forderte, neben klugen Strukturreformen müsse „extremer Reichtum“ in Deutschland mehr Verantwortung übernehmen.

Sven Göpel, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, sagte: „Die öffentliche Hand muss die Mittel bereitstellen, damit soziale Versorgung in diesem Land tragfähig aufgestellt ist.“ Er erlebe, wie soziale Angebote gekürzt würden, Beratungsstellen schlossen, Kitas zu wenig Personal hätten und Pflegeeinrichtungen ums Überleben kämpften.

Der Präsident des Bayerischen Jugendrings, Philipp Seitz, meinte: „Wenn wir heute am Sozialstaat sparen, zahlen wir morgen einen deutlich höheren Preis – gesellschaftlich demokratisch, ökologisch und wirtschaftlich.“

Die SoVD-Landesvorsitzende Meta Günther erinnerte: „Sozialstaat ist Demokratie. Die Sozialverbände haben nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrer eh-



Vor der Bavaria rollten die Demonstrant*innen ihre Slogans und Forderungen auf.

renamtlichen Tätigkeit eine stabile Demokratie aufgebaut, die bis heute nachwirkt. Wir müssen den Sozialstaat schützen, damit unsere Demokratie nicht verloren geht!“ Sie forderte alle auf, sich an der DGB-Demonstration am 26. September in Nürnberg zu beteiligen.

Feierlicher Empfang zur Gründung der Stadt München

Forderungen vorgetragen

Anlässlich des 868. Stadtgründungstages hatte der neue Münchner Oberbürgermeister Dominik Krause zu einem Stehempfang im Prunkhof des Neuen Rathauses eingeladen. Auch die SoVD-Landesvorsitzende Meta Günther war dabei.

Nachdem die Landesgeschäftsstelle in München schon vorher ein Gratulationsschreiben an den neuen Oberbürgermeister geschickt hatte, nutzte Meta Günther bei dem Empfang die Möglichkeit, Dominik Krause (Grüne) persönlich zu seinem Wahlerfolg zu gratulieren. Er hielt eine eindrucksvolle Rede, in der er mit engagierten und eindringlichen Worten für Demokratie und Rechtsstaat warb. Er plant für München 50.000 neue Wohnungen zu schaffen, den Ausbau von U-Bahn und Tram, sichere Radwege und für Klimaschutz, Digitalisierung und mehr zu sorgen.

In Anlehnung an seine Pläne sprach die Landesvorsitzende ihn auf die Dringlichkeit für barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen an und erwähnte, wie wichtig es sei, auch für alleinerziehende Mütter Sozialwohnungen bereitzustellen. Aus ihrer langjährigen Tätigkeit für den SoVD kennt sie die Sorgen der Mitglieder gerade in diesen Problemfeldern.

Oberbürgermeister Krause wird sich das Anliegen zu Herzen nehmen und verwies auch an die Dritte Bürgermeisterin Verena Dietl (SPD-Fraktionsvorsitzende), die für Sozialaufgaben im Rathaus zu München zuständig ist.



Meta Günther mit Oberbürgermeister Dominik Krause.

Empfang der bayerischen SPD-Fraktion anlässlich der Verleihung des Europapreises an Julia Nawalnaja

Eine mutige Kämpferin für Menschenrechte

Landesvorsitzende Meta Günther nahm an der Verleihung des Europapreises der SPD-Landtagsfraktion am 29. Juni teil. Ausgezeichnet wurde die russische Bürgerrechtlerin Julia Nawalnaja für ihren mutigen Widerstand gegen das autoritäre russische Regime und ihren Einsatz für Menschenrechte.

Seit 2018 verleiht die SPD-Landtagsfraktion ihren Europapreis an Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um die europäische Idee und die Werte der Europäischen Union verdient gemacht haben.

Holger Griebhammer, MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, würdigte Nawalnaja als „Leitfigur eines demokratischen Aufbruchs, die für ein besseres, neues freies und gerechtes

Russland kämpft“. Nach dem gewaltsamen Tod ihres Mannes Alexej Nawalny vor zwei Jahren hat sich Nawalnaja nicht zurückgezogen, sondern führt den Kampf gegen Putins autoritäres Regime unbeirrt fort.

Die Laudatorin des Abends, Dr. Katharina Barley (SPD), Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, setzt sich seit Jahren auf europäischer Ebene für Demokratie, Rechtsstaat und ein starkes, solidarisches Euro-

pa ein. In ihrer Lobrede sagte sie: „Wir leben in Zeiten, in denen die Demokratie von innen und außen unter Druck steht. Jetzt ist es umso wichtiger, Persönlichkeiten zu ehren, die demokratische Werte nicht nur leben, sondern sie Tag für Tag verteidigen. Dies gilt in besonderer Weise für Menschen wie Julia Nawalnaja. Unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens kämpft sie für die Menschen in Russland. Trotz der Ermordung ihres Mannes Alexej entscheidet sie sich jeden Tag erneut für diesen Weg. Das verdient unseren größten Respekt.“

Die Preisträgerin Julia Nawalnaja sagte: „Ich glaube, dass Russland nicht nur aufgrund einer gemeinsamen Geschichte, sondern auch durch grundlegende Werte mit Euro-



V. li.: Preisträgerin Julia Nawalnaja, Holger Griebhammer und Dr. Katharina Barley.



V. li.: Meta Günther, Landesfrauenratspräsidentin Monika Meier-Pojda und Julia Nawalnaja.

pa verbunden ist und sich auf eine Zukunft zubewegen muss, die auf Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit basiert. Ich werde mich weiterhin für ein freies und friedliches Russland einsetzen und bin Europa dankbar, dass es zu diesen

Werten steht und diejenigen unterstützt, die sie verteidigen.“

Für die musikalische Umrahmung des Europapreis-Empfanges sorgten die aus der Ukraine stammenden Pianisten Milana Chernyavska und Oleksandr Fediurko.

Schließzeit September

Die Landesgeschäftsstelle ist bis zum 6. September vor Ort nicht besetzt. Telefonisch ist sie aber weiterhin in dieser Zeit unter Tel.: 089/53 05 27 montags bis donnerstags von 9 bis 12 Uhr erreichbar.

Medizinischer Notfall

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayern informiert: Eine Ersteinschätzung mit Arzttermin gibt es online unter: <https://patientenavi.116117.de> oder über Tel.: 116 117.

Wenn eine Dringlichkeit festgestellt wird, kann die*der Hilfesuchende direkt einen Akuttermin buchen, sofern es sich um eine Fachrichtung handelt, die einen Überweisungscode benötigt. Das sind prinzipiell alle, außer:

- Haus- und Kinderärzt*innen
- Gynäkolog*innen
- Augenärzt*innen
- Psychotherapeutische Akutsprechstunde

Mit dem abgebildeten QR-Code kommt man direkt auf die Seite der KV Bayern mit allen erforderlichen Informationen (www.bereitschaftsdienst-bayern.de).



V. li.: Maria Wendler, Uwe Schewe, Günther Ruckdäschel (SoVD) und Antje Seiß.

Sommeraktivitäten im Ortsverband Michelau

Zusammenarbeit geplant

Vor den Sommerferien war der Ortsverband umtriebig wie eh und je. Neben der monatlichen Sprechstunde richtete er ein Bezirksverbandstreffen aus, holte eine Veranstaltung nach und knüpfte Kontakte zum IVfG Michelau.

Am 6. Juni war der Ortsverband Michelau Gastgeber der Bezirksversammlung Oberfranken im MehrGenerationenHaus. Vorsitzender Günther Ruckdäschel begrüßte den Bezirksvorstand herzlich. Danach wurde bis zum Mittag rege über die Neuerungen in der Satzung für die nichtselbstständigen Landesverbände diskutiert. Ab 13 Uhr schloss sich dann der 5. Sozialsprechtag des Ortsverbandes an. Ruckdäschel und Dr. Josef Haas konnten zwei Mitglieder beraten. Gegen 14 Uhr wurde dann die Mutter-Vatertagsveranstaltung nachgeholt. 16 Mitglieder erschienen dazu.

Am 12. Juni besuchte der Vorsitzende den Vortrag des Interdisziplinären Verbandes für Gesundheitsberufe (IVfG) in Michelau. Es ging um Depressiva und das Absetzen der Medikamente. Ruckdäschel und die anwesenden Vertreter*innen des IVfG verabredeten eine zukünftige Zusammenarbeit.

Glückwünsche

*Es ist selten für etwas im Leben zu früh
und niemals für etwas zu spät.*
Oskar Kokoschka

Der Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes Bayern gratulieren allen Mitgliedern, die im September Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen ihnen viel Gesundheit.

Aus technischen Gründen können leider keine einzelnen Geburtstage aufgeführt werden.

Bayerischer Landesverband der Gehörlosen fordert Entschuldigung von Regierung

Gebärdenverbot aufarbeiten

Der Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. (LVBYGL) hat seine offizielle Stellungnahme zur parlamentarischen Aufarbeitung des historischen Gebärdensprachverbots und der systematischen Sprachdeprivation im bayerischen Schulwesen vorgelegt.

Anlass ist der einstimmige Beschluss des Bayerischen Landtags vom 21. Mai zur Durchführung eines Fachgesprächs im zuständigen Ausschuss. Der LVBYGL fordert eine lückenlose historische Aufarbeitung sowie weitreichende sozialpolitische Konsequenzen im Freistaat.

Das schmerzhafteste Erbe des Oralismus

Über Jahrzehnte hinweg wurde gehörlosen Kindern an bayerischen Schulen der Gebrauch der Deutschen Gebärdensprache (DGS) unter Androhung und Anwendung physischer und psychischer Gewalt verboten. Der DGB-Abschlussbericht vom Januar belegt die verheerenden, lebenslangen gesundheitlichen und kognitiven Folgeschäden dieses Sprachentzugs. Dass diese Praxis Unrecht war, bestätigen der ICED-Weltkongress in Vancouver 2010 sowie die historische Entschuldigung des Berufs- und Fachverbandes Hören und Kommunikation e. V. (BDH) vom 25. April.

Scharfe Kritik an der Staatsregierung – Hamburg und Hessen als Vorbilder

Der LVBYGL kritisiert die defensive Haltung der bayerischen Staatsregierung in ihrer Antwort vom 11. März dieses Jahres, mit der sie eine Aufarbeitungspflicht zurückwies. Dass es anders geht, zeigen Hamburg, das sich im Juli 2025 offiziell entschuldigte, und Hessen, das nach einer historischen

Landtagsdebatte am 20. Mai die Beratungsförderung verdoppelte und Anpassungen des Gehörlosengeldes ankündigte.

Die sechs Kernforderungen für das Fachgespräch:

1. Offizielle politische Entschuldigung: Der Landtag und die Staatsregierung müssen das erlittene Leid und Unrecht an bayerischen Schulen förmlich anerkennen.
2. Historische Aufarbeitungsstudie: Finanzierung eines unabhängigen Forschungsprojekts zur Sonderschulgeschichte in Bayern unter Einbezug der Deaf Studies.
3. Sitz im Landesbehindertenrat: Ein eigener, vollwertiger Sitz für eine kompetente, gehörlose Fachperson des LVBYGL gemäß

- UN-BRK statt einer stellvertretenden Vertretung („Nichts über uns ohne uns“).
4. Verdoppelung der Beratungsförderung: Sofortiger Ausbau der psychosozialen Beratungsstellen zur Bewältigung von Traumata und Isolation.
 5. Sofortige Einführung des bayerischen Gehörlosengeldes: Gesetzliche Einführung des bayerischen Gehörlosengeldes zum Ausgleich wirtschaftlicher Benachteiligungen.
 6. Bimodal-bilinguale Bildung: Verpflichtende, flächendeckende Verankerung der DGS als gleichwertige Unterrichts- und Kommunikationssprache an allen Förderzentren Hören und Kommunikation.
- Quelle: Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V.*



Foto: JuanCi Studio / Adobe Stock

Lange Zeit war es gehörlosen Kindern streng verboten, in der Schule Gebärdensprache zu benutzen. Das hat viele Betroffene traumatisiert.

Sozialberatung



Foto: sester1848 / Adobe Stock

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, montags–donnerstags, 9–11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Tel.: 0911 / 98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691, E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach telefoni-

scher Absprache, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Beratung nur telefonisch oder per

E-Mail, Kontakt siehe Oberfranken / Bayreuth.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Mitterteich, Ingolstadt und Tirschenreuth Kümmererstelle Pegnitz, Roth und Schwabach: Die Terminvereinbarung zur telefonischen Sozialberatung erfolgt unter Tel.: 089 / 53 05 27.

Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in München unter derselben Telefonnummer zur Verfügung.



Foto: lorenzophotoprojects / Adobe Stock

Wer mit dem Fahrrad in die Bahn steigt, sollte vorher gut planen. Oft sind die Abteile überfüllt.

ADFC rät zu guter Planung und gibt Tipps

Mit dem Fahrrad im Fernverkehr unterwegs

Mit Fahrrad und Bahn an den See, ins Umland oder in den Radurlaub: Eigentlich eine perfekte Kombination. Doch fehlende Stellplätze und unsichere Mitnahmemöglichkeiten machen gute Planung nötig.

Es bietet sich an, mit dem Fahrrad und der Bahn Ausflüge mit der Familie an den See oder für Radtouren in die Umgebung zu kombinieren. Doch ob Fern- oder Nahverkehr: Die Fahrradmitnahme in der Bahn bleibt mitunter ein Risiko. Der ADFC gibt Tipps, wie die Reise gelingen kann – und wann man besser mehrgleisig plant.

Den Fahrradplatz vorab buchen: Im Fernverkehr – also in ICE-, IC- und EC-Zügen mit Fahrradmitnahme – muss der Platz für das Fahrrad vorab gebucht werden. Deshalb lohnt es sich, frühzeitig seine Reise zu planen und einen Fahrradplatz zu reservieren. Dazu gibt man in der App der Deutschen Bahn unter „Reisende“ das Fahrrad als Zusatz ein. Damit sind dann nur noch Züge mit einem freien Fahrradplatz buchbar.

Umstiege vermeiden: Wenn es geht, sollte man immer eine Direktverbindung wählen, auch wenn diese eventuell länger dauern sollte. Denn ein Zugwechsel ist immer mit einem Risiko verbunden: Klappt die Verbindung? Gibt es einen funktionierenden Aufzug zum nächsten Gleis? Wenn ein Umstieg nötig ist, sollte genügend Zeit als Puffer eingeplant werden, falls die vorherige Verbindung Verspätung hat. Dafür lässt sich in der DB-App die bevorzugte Umsteigezeit einstellen.

Das Gewicht des Fahrrads beachten: Pedelecs können unter Umständen mehr als 30 Kilo wiegen. Viele Fernverkehrszüge sind nur über Stufen zugänglich. Die Fahrräder müssen selbstständig ins Fahrradabteil gehoben werden können. In manchen Zügen müssen die Räder außerdem aufgehängt werden. Auch das kann bei einem 30-Kilo-Fahrrad schwer werden.

Mit einem Plan B fahren: Leider kommt es häufiger vor, dass Züge komplett ausfallen oder Umstiege nicht erreicht werden. Der reservierte Fahrradstellplatz ist an den gebuchten Zug gekoppelt. Ein Ersatzplatz für das Fahrrad im nächsten Zug steht nicht automatisch zur Verfügung, sondern muss selbst gebucht werden. Da Fahrradstellplätze hier aber häufig ausgebucht sind, könnte ein Plan B darin bestehen, auf den Nahverkehr auszuweichen. Der ADFC fordert deshalb eine deutliche Aufstockung der Fahrradstellplätze im Fernverkehr.

Das Klapprad, Leihfahrrad vor Ort oder das Fahrrad versenden: Wem das alles zu kompliziert und mit zu großen Risiken behaftet ist, kann sich nach Alternativen umschauen. Klappräder gelten zusammengeklappt nicht als Fahrrad, sondern als Gepäck. In vielen Orten lassen sich Leihfahrräder mieten. Wer auf sein eigenes Rad nicht verzichten möchte, kann prüfen, ob sich das Fahrrad rechtzeitig an den Zielort verschicken lässt.

Quelle: ADFC

Verbraucherzentrale Hessen gibt Tipps zu Wechseldienstleistern bei Strom und Gas

Bequem – aber auch lohnend?

Sogenannte Wechseldienstleister oder Tarifoptimierer versprechen einen bequemen Weg zu immer günstigen Gas- und Stromtarifen. Wer diesen Komfort wählt, muss aber meist Abstriche bei der Ersparnis machen. Die Verbraucherzentralen erklären Ihnen, worauf Sie achten sollten.

Wechseldienstleister versprechen eine sogenannte Tarifoptimierung – also die regelmäßige Überprüfung der Energielieferverträge ihrer Kund*innen. Sie schließen die Tarife auch direkt ab und kündigen Ihren bisherigen Vertrag. Das bietet zwei Vorteile:

- **Komfort:** Wer seinen Vertrag ohnehin nie selbst wechseln würde, profitiert davon, dass der Dienst das übernimmt.
- **Ersparnisse:** Da sich fast immer ein günstigerer Tarif finden lässt, sparen Kund*innen in der Regel.

Verdient der Dienstleister an der Ersparnis mit, bleibt am Ende weniger für Sie übrig. Würden Sie denselben Tarif in Eigenregie wechseln, könnten Sie mehr sparen. Andere Dienstleister finanzieren sich ausschließlich aus Anbieterprovisionen vom neuen Stromlieferanten. Dann gehört die volle Ersparnis Ihnen.

Wie verdienen Wechsel-dienstleister ihr Geld?

Der Dienstleister behält einen Teil der Ersparnis. Häufig sind das 30 Prozent, seltener 20 Prozent. Achten Sie hier darauf, wie die Ersparnis berechnet wird. Gilt die Provision auch auf Boni? Manche Dienste empfehlen gezielt Tarife mit hohem Bonus, weil das ihre Einnahmen maximiert, nicht Ihre. Ob ein Bonus ausgezahlt wurde, müssen Sie selbst prüfen.

Andere Wechseldienstleister bekommen vom neuen Stromanbieter eine Provision für den



Foto: peopleimages.com / AdobeStock

Wer es bequem haben will, bucht einen Wechselanbieter.



Foto: Maria Fuchs / Adobe Stock

Es erfordert viel Zeit, wenn man in Eigenregie den günstigsten Energieanbieter finden will.

Wechsel. In diesem Fall bleibt die volle Ersparnis bei Ihnen.

Insgesamt gilt: Es ist unwahrscheinlich, dass Sie mit einem Wechselservice immer den günstigsten verfügbaren Tarif erhalten. Die meisten Dienstleister betonen dies ausdrücklich in ihren AGB. Wer also fortlaufend aktiv selbst nach dem besten Kurs sucht, wird ohne Dienstleister günstiger fahren. Wer sonst eher länger bei einem Anbieter bleibt, kann aber durchaus Vorteile erzielen.

Worauf sollte man bei den Dienstleistern achten?

Damit Wechseldienstleister in Ihrem Namen Energielieferverträge abschließen können, erteilen Sie diesen eine Vollmacht. Wichtig zu wissen: Diese Vollmacht können Sie unabhängig von der Laufzeit Ihres Vertrags mit dem Wechseldienstleister jederzeit widerrufen. Das ist gesetzlich geregelt.

Damit der Wechseldienstleister aktiv werden kann, richten die meisten eine eigene E-Mail-adresse für Sie ein. Schreiben zu Preiserhöhungen landen dann direkt dort und nicht bei Ihnen. Fragen Sie nach, ob das bei Ihrem Dienst so ist. Falls nicht: Welche Infos Ihres Stromanbieters müssen Sie selbst an den Wechseldienstleister weiterleiten?

Bevor ein neuer Vertrag abgeschlossen wird, informiert Sie Ihr Dienstleister in der Regel. Sie können dann zustimmen oder innerhalb einer vereinbarten Frist widersprechen. Dies

muss aber so in den AGB stehen. Es ist kein gesetzlich verbrieftes Recht. Ist diese Möglichkeit nicht gegeben, bleibt zwar ein 14-tägiges Widerrufsrecht für den neuen Vertrag. Aber der bisherige Vertrag ist und bleibt gekündigt. Bis Sie einen neuen Vertrag haben, werden Sie übergangsweise im Grundversorgungstarif beliefert.

Unabhängig von den genauen Abläufen bleiben Sie auch bei Nutzung eines Wechseldienstes immer direkter Vertragspartner Ihres Energielieferanten. Gleiches gilt bei Fragen zu Rechnungen oder Abschlägen.

Nach welchen Kriterien ein Wechseldienstleister Tarife auswählt, sollte transparent und nachvollziehbar sein. Wollen Sie zum Beispiel möglichst viel Geld sparen und Bonustarife miteinbeziehen? Wie lange soll die Vertragslaufzeit des Energieliefervertrags sein? Möchten Sie einen Ökostromtarif?

Eine kurze Vertragslaufzeit ist wichtig, damit Sie zeitnah aussteigen können, sollten Sie unzufrieden sein. Am besten ist es, wenn Sie monatlich kündigen können.

Informieren Sie sich daher vorab, wer hinter dem Unternehmen steht und wohin Ihre Daten fließen. Manche Firmen behalten sich vor, Teilaufgaben ihrer Vermittlungstätigkeit an Dritte auszulagern und zu diesem Zweck Untervollmachten auszustellen. Andere arbeiten mit großen Vergleichsportalen zusammen. Ein Blick in die AGB lohnt sich. Quelle: VZ Hessen

VDBD warnt vor gefährlichen Folgen von unzureichender Nahrungszufuhr bei Medikamenteneinnahme im Alter

Eine Mangelernährung beginnt oft leise

Mangelernährung betrifft bis zu 50 Prozent geriatrischer Patient*innen und etwa ein Drittel älterer Menschen ist von Flüssigkeitsmangel betroffen. Haben diese auch noch einen Diabetes, kann beides die Diabetes­therapie erheblich erschweren. Der Verband der Diabetes-Beratungs- und Schulungsbe­rufe in Deutschland e. V. (VDBD) rät deshalb, Gewicht, Mahlzeiten und Trinkmenge früh im Blick zu behalten – zu Hause, in der Pflege und nach Klinikaufenthalten.

Mangelernährung bedeutet nicht nur Untergewicht. Auch normal- oder übergewichtige Menschen können zu wenig Eiweiß, Energie, Vitamine oder Mineralstoffe aufnehmen. Bei Diabetespatient*innen kommt hinzu: Wenn sie weniger essen, aber Medikamente unverändert einnehmen, kann das Risiko für Unterzuckerungen steigen. Die Ernährungstherapie bei Diabetes muss deshalb auch die Vermeidung von Mangelernährung und Unterzuckerungen berücksichtigen.

„Gerade bei älteren Menschen mit Diabetes reicht der Blick auf den Blutzucker allein nicht aus“, sagt Kathrin Boehm, Vorsitzende des VDBD, Diabetesberaterin, ausgebildete Diätassistentin und Diabetes Coach



Foto: pressmaster / Adobe Stock
Wenn der Appetit abnimmt, beeinflusst das auch die Wirkung von Medikamenten.

aus Bad Mergentheim. „Wenn Gewicht verloren geht, Mahlzeiten ausfallen oder Getränke stehen bleiben, verändert sich die gesamte Therapiesituation. Dann müssen Ernährung, Alltag und Medikation gemeinsam betrachtet werden.“

Warnzeichen unbedingt ernst nehmen

Erste Hinweise zeigen sich oft im Alltag: Kleidung sitzt plötzlich weiter, Wangen wirken eingefallen, Haut und Schleimhäute sind trocken, Speisen oder Getränke bleiben unangetastet. Auch ungewollter Gewichtsverlust ist ein Warnsignal. Angehörige können über einige Tage notieren, was gegessen und getrunken wurde. Solche Protokolle helfen, Veränderungen sichtbar zu machen.

Pflegefachkräfte spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie sehen häufig zuerst, ob Portionen kleiner werden, Teller halb voll zurückgehen oder jemand beim Essen Unterstützung braucht.

Vorsicht bei Diäten im hohen Alter

Im höheren Lebensalter verschieben sich die Therapieziele häufig. Der Erhalt von Kraft, Selbstständigkeit und Lebensqualität rückt stärker in den Vordergrund. „Ernährungsvorgaben sind daher mit Vorsicht zu genießen“, so Boehm. „Light-Produkte sollten im hohen Lebensalter eher vermieden werden. Essen und Trinken dienen

nicht nur der Nährstoffaufnahme. Sie strukturieren den Tag, knüpfen an Gewohnheiten an und haben soziale Bedeutung.“

„Strenge Diätregeln können im Alter mehr schaden als nützen“, ergänzt Sebastian Bittner, Vorstandsmitglied des VDBD, ausgebildeter Diätassistent und Teamleiter der Diabetesberatung an der m&i-Fachklinik Bad Heilbrunn. „Wenn Menschen weniger essen, aber Insulin oder andere blutzuckersenkende Medikamente unverändert weiterlaufen, steigt das Risiko für Unterzuckerungen.“

Trinken ist bei Diabetes besonders wichtig

Ältere Menschen haben ein erhöhtes Risiko für eine sogenannte hypertone Dehydratation. Dabei fehlt dem Körper Wasser. Bei Diabetes kann dieser Flüssigkeitsmangel schneller zu einem Problem werden: Sind die Blutzuckerwerte – auch durch die Dehydratation – deutlich erhöht, scheidet der Körper Zucker über den Urin aus und zieht Wasser mit sich. Betroffene müssen häufiger zur Toilette und trocknen noch leichter aus. So kann ein Kreislauf entstehen: Zu wenig Trinken und hohe Blutzuckerwerte verstärken sich gegenseitig. Betroffene können dann müde und verwirrt wirken. Auch Kreislauf und Nieren können belastet werden. Medikamente wie zum Beispiel GLP-1-Rezeptoragonisten können das Durstgefühl abschwächen.



Foto: Jelena Stanojkovic / Adobe Stock

Im Alter lässt das Durstgefühl nach und es erfordert Aufmerksamkeit und Disziplin, um Dehydrierung zu vermeiden.

chen. Daher sollte das Trinken bewusst zur Gewohnheit gemacht und fest in den Tagesablauf eingebunden werden.

Deshalb sollten Trinkmenge, Blutzuckerwerte und Medikamente gemeinsam betrachtet werden. „Feste Trinkzeiten, gut sichtbare Getränke, kleine Gläser, Suppen, wasserreiches Obst oder ungesüßte Tees helfen dabei, die Flüssigkeitsaufnahme zu steigern“, empfiehlt Bittner. „Bei Herz- oder Nierenerkrankungen sollte die Trinkmenge besonders im Auge behalten werden und ärztlich abgestimmt werden.“

Wichtig ist außerdem, begonnene Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen. Pflegefachkräfte und behandelnde Diabetes­teams sollen gemeinsam mit Betroffenen und Angehörigen einschätzen, ob Unterstützung angenommen wird, wirkt und im Alltag durchhaltbar ist. „Gute Diabetesberatung beginnt bei den täglichen Gewohnheiten“, sagt Boehm. „Es zählen nicht

starre Regeln, sondern mehr die Frage, wie ein Mensch wieder regelmäßig isst, ausreichend trinkt und sicher durch den Tag kommt.“

Checkliste: Fünf einfache Schritte für den Alltag

- 1. Einmal pro Woche wiegen und Veränderungen notieren.
 - 2. Ess- und Trinkmengen beobachten, besonders nach Infekten, Krankenhausaufenthalten oder belastenden Lebensereignissen.
 - 3. Eiweiß einplanen, etwa über Milchprodukte, Hülsenfrüchte, Eier, Fisch oder Fleisch – passend zu Vorlieben und Verträglichkeit.
 - 4. Diäten nicht verschärfen ohne Hausarztpraxis, Diabetespraxis oder Ernährungsfachkräfte einzubeziehen.
 - 5. Therapie prüfen lassen, wenn weniger gegessen oder getrunken wird – vor allem bei Insulin und Medikamenten mit Unterzuckerungsrisiko.
- Quelle: VDBD

www.sovd-hessen.de

Foto: Blickfang / Adobe Stock

Glückwünsche

Foto: ortis / Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.
Aus technischen Gründen können die Geburtstage leider nicht einzeln aufgeführt werden.

Sozialberatung

Sollte nichts Anderes vermerkt sein, finden die Sozial-Beratungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Sozialrechts-Beratungstermine durch die Sozialjurist*innen werden über die Sozialberater*innen oder die Landesgeschäftsstelle vermittelt.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Susanne Namaschk, Bürozeiten: montags bis freitags von 10 bis 15 Uhr, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovde-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Osthessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108, E-Mail: info@sovde-hessen.de.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Geschäftsstelle: Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovde-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Ter-

minvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovde-hessen.de. Mitgliedschaftsanliegen und Infos über Aktivitäten jeden ersten und dritten Montag im Monat, von 15 bis 17 Uhr, Tel.: 0561/14 657.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108, E-Mail: info@sovde-hessen.de. Mitgliedschafts-Anliegen und Infos über Aktivitäten jeden ersten und dritten Montag im Monat, von 15 Uhr bis 17 Uhr, Tel.: 0561/14 657.

Tischler-Innung lobt Leistungen der Handwerker

Gesellenprüfung im BBW

Traditionell finden die jährlichen Tischler-Gesellenprüfungen im Stendaler Berufsbildungswerk (BBW) statt. Erneut war kürzlich die Tischler-Innung im Mehrzweckraum der Mensa zu Gast. Ein BBW-Absolvent erhielt für sein Gesellenstück sogar besonderes Lob.

13 Gesellen des Landkreises Stendal stellten sich mit ihren Abschlussarbeiten der Prüfungskommission der Handwerkskammer Magdeburg und zeigten ihrer Hände Werk. Das Gesellenstück krönt die Tischler-Berufsausbildung.

Etwa 100 Stunden hatten die Auszubildenden dafür Zeit. Laut Richtlinie muss das Gesellenstück eine abschließbare Tür oder ein Schubfach haben. Konstruktion, Oberfläche, Form und Funktionalität sind weitere Kriterien. Alle bestanden die Prüfung – nun hat die Handwerkerzunft 13 Tischler mehr. Alle Gesellenstücke seien hochwertig und aufwendig hergestellt, so die Prüfungskommission.

Niklas Stürhof aus dem BBW überzeugte mit seinem besonderen, L-förmigen Schreibtisch. Neben vier anderen Arbeiten nominierte ihn der Obermeister der Tischler-Innung Stendal, Volker Manecke, für die Ausstellung „Gute Form“ vom 16. bis zum 19. September im Magdeburger Allee-Center.

Das öffentliche Interesse war groß. Besucher*innen waren beeindruckt von Ideen, Funktionalität und Umsetzung aller Arbeiten – ob beleuchteter Esstisch, Kommode, Bedientheke, Sitzbank mit Licht, Sideboard oder Schreibtisch.



Foto: BBW Stendal

Niklas Stürhof zeigte sein Werk, das die Innung besonders lobte.

Berufsbildungswerk (BBW) Stendal feiert Freisprechungen 2026

Freuden- und Abschiedstränen

Mitte Juli standen im SoVD-eigenen Berufsbildungswerk (BBW) Stendal wieder Freisprechungen an: Viele junge Menschen starten mit erfolgreicher Ausbildung ins Berufsleben. Viele davon haben auch schon einen Arbeitsvertrag. Tränen der Freude und des Abschiedes gehörten bei der Feier dazu.

Erstmals übernahm Ausbildungsleiterin Nadine Strauß das Zepter. Ins Berufsleben verabschiedete sie 13 Tierpfleger, einen Kaufmann für Büromanagement, fünf Fachpraktiker für Bürokommunikation, einen Fachpraktiker für Hauswirtschaft, sechs Fachpraktiker für Gartenbau (vier mit Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau, zwei im Zierpflanzenbau)

und einen Fachpraktiker für personale Dienstleistungen. Schon im Juni hatte ein Koch die Prüfungen abgelegt, eine Raumausstatterin folgte noch. 18 Absolvent*innen wurden in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse vermittelt.

Nach Musik von „Sandy & Zige“ begrüßte BBW-Geschäftsführer Rainer Erdmann alle. Die Festrede hielt Stefan Prax, Ge-

schäftsführer der Kreishandwerkerschaft. Den Absolvent*innen gab er mit: „Dieses neue Kapitel in Ihrem Leben schreiben Sie selbst. Sie haben Rückschläge überwunden, aus denen Sie gestärkt hervorgingen, darauf können Sie stolz sein.“

Dank ging an Auszubildende, Lehrkräfte, Prüfungsausschüsse, das BBW-Team, Familien, Partner*innen und Freund*innen.



Die Freisprechung der Absolvent*innen ist stets ein feierlicher Tag.



Fotos: Ute Krug / BBW Stendal

Dabei geht es oft emotional zu.

Anzeigen

Betreutes Wohnen

Leben, wo andere Urlaub machen – Zimmer frei!

In unserer liebevoll geführten ambulant betreuten Senioren-Wohngemeinschaft in Bad Rothenfelde ist ein Zimmer frei. Selbstbestimmt leben statt einsam oder im Pflegeheim – mit Gemeinschaft, Sicherheit und professioneller Unterstützung, so viel wie gewünscht und nötig. Genießen Sie die besondere Atmosphäre des Kurortes mit Grädlerwerken, Kurpark und kurzen Wegen. Vereinbaren Sie gerne einen unverbindlichen Besichtigungstermin.

Naturpark Spessart

Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift
Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen

HP ab 69€

staatl. anerkt. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten Seniorengerecht, alle Zi. Flachdusche/WC/Fön/Safe/Wlan/TV.

Landhotel Spessarttruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern
Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessarttruh.de | landhotel@spessarttruh.de

Gesucht & Gefunden

Treppenlift

Bundesweiter Service, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr

- Service bundesweit
- Kurze Lieferzeiten
- Sehr preiswert

Auch zur Miete

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an
0800 - 234 56 55
www.minova-lift.de

Teutoburger Wald

Bad Salzuffen FeWo an der Promenade, 1. Lage, privater Garten, überdachte Terrasse.
☎ 052 22 / 152 17 | fewobadsalzuffen@gmail.com

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur run

- Onlinemarketing
- Mediaplanung
- Kooperationsmarketing

Ansprechpartner
Agentur Neun GmbH
Vanessa Kunz
Pforzheimer Straße 132
76275 Ettlingen
Telefon: 07243 / 53 90-123
E-Mail: vanessa.kunz@agenturneun.de

Bayerischer Wald

Denken Sie JETZT an Ihren Vereinsausflug 2027!
Schönes Hotel zwischen Passau & Nationalpark Bay. Wald

Alle Zimmer mit DU/WC, Fön, Telefon, Sat-TV, Hallenbad (33°C), Sauna, Dampfsauna, Farblicht-Saunarium, Solarium, Kräuterraum, Solebad, Rosenbad, Fitnessraum und Ruhepavillon, Lift, 2 Kegelbahnen, windgeschützte Terrasse. Frühstücksbuffet, Menüwahl.

5 Übernachtungen mit Halbpension p.P. im DZ inkl. 1 x Reiseleitung für eine Tagesfahrt **355,-**

Inhaber: Alfred Binder
Freihofer Str. 6
94124 Büchlberg
Tel. 08505-9007-0
Fax 08505-9007-99
info@hotelbinder.de
www.hotelbinder.de

Nord-/ Ostsee

Erholung an der Nordsee – SoVD-Mitglieder willkommen!
Genießen Sie entspannte Urlaubstage in unserem gemütlichen Ferienhaus „Hus Hinrichsen“ in Dorum-Neufeld an der Wurstorfer Nordseeküste. Ruhige Lage, kurze Wege zum Deich und Wattenmeer, komfortable Ausstattung und idealer Ausgangspunkt für Ausflüge nach Cuxhaven, Bremerhaven oder ins UNESCO-Weltkulturerbe Wattenmeer. Informationen und Buchung unter www.haventraum.de oder telefonisch unter 04741 18 123 42. Bitte nach „Hus Hinrichsen“ fragen.

Odenwald

Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald · Gruppenreisen 2026

69436 Schwanheim bei Heidelberg · Dorfriesenstr. 11

Hotel & Pension Schwanheimer Hof

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen. Durch die zentr. Lage von Schwanheim ist unser Haus idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt, tolle Rad- und Wanderwege uvm. Alle Zimmer mit Du/ WC, TV, Balkon. Reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend. Große Sonnenterrasse. Fragen Sie nach unseren attraktiven Gruppenangeboten, für 20 - 50 Personen.

Claudia Eckelmann - Frieß · Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 · www.schwanheimerhof.de

Reisetipp

Seniorenurlaub
Allgäu, Ostsee und Böhmisches Bäderdreieck

GUTSCHEIN für einen Katalog „Urlaub 2026“. Hotels im Allgäu, an der Ostsee und im Böhmisches Bäderdreieck, inkl. Hin- u. Rückfahrt im Kleinbus, inkl. Haustürabholung, z.B. 7 Tage inkl. HP für nur 759,-€. **Gratis-katalog anfordern** unter ☎ 0 83 76 / 92 92 72

Seniorenurlaub Keller GmbH, Alpenblickstr. 17, 87477 Sulzberg • www.seniorenurlaub.de

Nord-/ Ostsee

Büsum*, FeWo-2Pers.** 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎ 0174/6 11 30 66

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee – Ferienwohng. strandnah Garten Hund willkommen freie Termine ab 85 € ☎ 0174/6882835

Urlaub an der Nordsee Ferienhaus mit Garten 100,- Euro p.N. ☎ 0152 - 53435007

Büsum: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick. ☎ 04834-9204, www.deichräume.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprop. ☎ 04846/291

(K)urlaub u.a. Usedom, 7 Tg., HP, 10 Anwd., Hotel** ab €222,- optional Hausabholung ab €99,- JAWA-Reisen.de (GmbH) Giersstr. 20, 33098 Paderborn ☎ 05251/390 900**

BÜSUM, **-Fewo, 1 - 3 Personen,** 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € ☎ 0 48 34/2611 • www.haus-corinna.de

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + OF 25,- €. ☎ 0160/171 44 38

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt. Fewos, Dachterr. Badese. Hauspr. ☎ 04835/1300, landhausamgrashof.de

Nähe Brunsbüttel, FeWo bis 4 Pers. NR Sep. Eingang, Hunde erl. W-Lan, SAT-TV ☎ 04853/881571

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo, Kühlschrank, Garten. ☎ 04834/8493

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV, Sep.-Eing., Ruh.Lage, 2Pers., ab 35,-€/Tag ☎ 05524/16 30

Spanien

Schöne FW. An der Costa del Sol
www.cmijas137.de (Panoramabilder)

Tipp für Kinder

Klassenfahrt zum Dinopark

In der 2a ist die Aufregung groß. Denn gemeinsam mit ihrer Klasse fahren die Dino-Fans Emil und Emma in den Dinosaurier-Park. Dort gibt es lebendige Pflanzenfresser und niedliche Dino-Babys. Doch damit nicht genug: Zusammen mit ihren Freunden Amira und Milo steigen sie heimlich auf einen schnellen Gallimimus und rasen quer durch den Park. Als plötzlich ein riesiger Giganotosaurus auftaucht, wird es richtig brenzlig. Jetzt müssen die Kinder Mut beweisen und als Team zusammenhalten.

Ein actionreiches Leseabenteuer für alle Dino-Fans ab sechs Jahren. Das Buch enthält spannende Informationen über Dinosaurier und eignet sich ideal für Leseanfänger*innen ab der 1. Klasse.



Thilo: Klassenfahrt zum Dinopark. Illustriert von Lion Fleischmann. Penguin Junior, 64 Seiten, 3. Lesestufe – einfach selbst lesen, ab sechs Jahren, ISBN: 978-3-328-30455-5, 10 Euro.

Möchtest du das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schicke die Lösung aus „Rolands Rätselecke“ mit dem Betreff „Klassenfahrt zum Dinopark“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.

Rolands Rätselecke

Das Liebesleid der Kreidezeit

Der grüne Kuschelsaurus Rex fiebert aufgeregt seiner Verabredung entgegen. Doch um zu der Dinodame seines Herzens zu gelangen, muss er sich für einen der drei Wege entscheiden. Kannst du ihm dabei helfen? Der dazugehörige Buchstabe ist die von uns gesuchte Lösung.



Grafik: Igor Zakowski / Adobe Stock; Foto: quickshooting / Adobe Stock; Montage: SoVD

Fröhliche Fehlersuche

Wahrlich wundersame Unterwasserwelt

Katzen gelten als wasserscheu. Doch das ist nicht das einzig Merkwürdige. Auf dem unteren Bild haben sich zehn Fehler eingeschlichen – findest du sie? Ansonsten sieh auf Seite 18 nach!



Grafik: Надежда Ковальская / Adobe Stock



Voll durchgeblickt

Weniger Geld für arme Kinder

Viele Familien in Deutschland müssen mit wenig Geld auskommen. Wie schlimm die Situation wirklich ist, hat das Statistische Bundesamt letztes Jahr untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass etwa jedes siebte Kind von Armut bedroht ist. Die vorherige Bundesregierung wollte, dass sich das ändert. Deshalb bekommen die ärmsten Familien seit 2022 zusätzlich zu anderen Leistungen einen Zuschlag in Höhe von 25 Euro pro Monat. Um Geld zu sparen, soll diese Unterstützung nun wegfallen.

Vor einigen Jahren wollte die Koalition unter Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eine Kindergrundsicherung einführen. Durch diese sollten sich die Chancen armer Kinder verbessern. Mit der Reform hat es dann jedoch nicht geklappt. Trotzdem bekommen Familien mit einem geringen Einkommen seither pro Kind monatlich 25 Euro zusätzlich. Geht es nach der Regierung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), dann fällt diese Hilfe bald weg.

Fehlendes Geld erschwert die Teilhabe im Alltag

Sozialverbände und viele andere Organisationen finden das falsch. Sie sagen, dass hier an der falschen Stelle gespart wird. Zu spüren bekämen das besonders Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus armen Familien. Sie leiden schon heute unter Einschränkungen. Weil ihren Eltern das Geld fehlt, machen sie zum Beispiel kaum



Foto: Anke Thomass / Adobe Stock

Traurig, aber wahr: Schon in jungen Jahren entscheidet Geld über die Chancen auf Bildung und Teilhabe.

Urlaub, besuchen keinen Sportverein oder gehen nicht gemeinsam mit anderen ins Kino.

Gezielte Hilfe statt Formulare und Papierkrieg

Der SoVD ist der Meinung, dass die Bundesregierung mehr tun muss, um Kinderarmut in

Deutschland wirksam zu bekämpfen. Damit das funktioniert, sollte es armen Familien leichter gemacht werden, die benötigte Unterstützung auch zu erhalten. Der Verband setzt sich deshalb für eine unbürokratische Hilfe ein, die dort ankommt, wo sie wirklich benötigt wird.

Ihre Rolle im Film „Vier Minuten“ brachte Hannah Herzprung den Durchbruch

Sie war die Frau am Klavier

Am Beginn ihrer Karriere stand eine Notlüge. Denn anders als von ihr behauptet konnte die gebürtige Hamburgerin gar nicht Klavier spielen. Doch das ist lange her. Heute ist sie eine der erfolgreichsten und bekanntesten deutschen Schauspielerinnen. Am 7. September wird Hannah Herzprung 45 Jahre alt.

Auf eigene Faust und ohne Wissen ihrer Eltern nahm sie als 14-Jährige an einem Casting teil. Seither verkörperte Hannah Herzprung sehr unterschiedliche Charaktere. Ihre Bandbreite reicht von der RAF-Terroristin („Der Baader Meinhof Komplex“) bis zur Neurowissenschaftlerin („Corpus Delicti“).

Am liebsten sitzt die Schauspielerin in einem Café und beobachtet die Menschen. Für Herzprung macht das den Reiz ihres Berufes aus: Sie wolle möglichst viele Dinge kennenlernen und verstehen.



Foto: Carsten Koall / picture alliance / dpa
Glänzende Schauspielerin: Hannah Herzprung neben einem über- großen Modell des Deutschen Filmpreises „Lola“.

Kabarettist Torsten Sträter hat sich seinen Humor trotz Krebserkrankung bewahrt

„Tumor gehabt, Glück gehabt“

Auf der Bühne trägt der Mann aus dem Ruhrpott stets eine Mütze. Sein Humor ist trocken und spart auch Privates nicht aus: „Tumor gehabt, in Behandlung gegangen, Glück gehabt, weil geile Ärzte, natürlich wieder alles Kölner.“ Am 4. September wird Torsten Sträter 60 Jahre alt.

Als junger Mann absolvierte Sträter eine Ausbildung zum Herrenschneider und arbeitete später in der familieneigenen Spedition. Dann entdeckte er seine Liebe zum Schreiben von Texten. Mit diesen regt Torsten Sträter ebenso zum Lachen wie zum Nachdenken an.

Offen spricht er über Krebs, Diabetes und Depressionen. Er habe sich, so Sträter kürzlich, „noch nie so gut gefühlt“ wie heute. Eines seiner augenzwinkernden Rezepte: „Du musst immer weiterkämpfen. Bis die Depressionen unter dir leiden.“



Foto: Horst Galuschka / picture alliance / dpa
Seit bei Torsten Sträter Diabetes festgestellt wurde, verzichtet er konsequent auf Zucker – und fühlt sich besser denn je.

Vor 25 Jahren veränderten die Anschläge am 9. September die Welt nachhaltig

Der lange Schatten des Terrors

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA waren ein einschneidendes Ereignis. Bis heute prägen sie die Welt politisch und gesellschaftlich. Eine dreiteilige Dokureihe blickt zurück und zeichnet die Auswirkungen des Hasses anhand individueller Schicksale nach.

Auch der aus Bangladesch stammende Einwanderer Rais Bhuiyan geriet damals in den Strudel der Ereignisse. Obwohl er nichts mit den Anschlägen zu tun hatte, wurde er von einem Rechtsradikalen in Dallas angeschossen – als Vergeltung für „9/11“. Doch nach seiner Genesung beschloss Bhuiyan, sich für den zum Tode verurteilten Täter einzusetzen.

Die Dokumentation läuft ab dem 4. September 2026 um 21.45 Uhr auf ZDF Info und steht schon ab dem 29. August in der ZDF-Mediathek zur Verfügung.



Foto: ZDF / Hubert Boesl / picture-alliance / dpa
Rauchwolken über Manhattan – Symbol des Angriffs auf die USA.



Buchtipp

Tschikago

Frangfodd is schlimmer als Tschikago! Mit dieser Warnung des Großvaters, der fast Amerikaner geworden wäre, aber doch Elektriker in Unterfranken blieb, wächst die Ich-Erzählerin auf. Ihre Großmutter hat es mit Katzen und Puppen, ihr Großvater hält sich an Steckdosen und Kabel. Auch wenn die beiden zanken wie Laurel und Hardy – sie verbindet diese eine Art von Liebe, die siebenundfünfzig Jahre hält. Als der Großvater stirbt, beginnt die Erzählerin als Freiwillige in einem Berliner Seniorenheim – ohne zu ahnen, wie sehr ihre alte und ihre neue Welt zusammengehören.

Mit scharfem Blick und großem Herzen erzählt Alexandra Stahl vom Älterwerden. Ein atemberaubend zärtliches Buch über unsere Vergänglichkeit und das Abschiednehmen – und darüber, was wir festhalten können, wenn alles andere verschwindet.



Alexandra Stahl: Tschikago. Claassen, 272 Seiten, ISBN: 9783546101639, 25 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie entweder per E-Mail (Betreff „Tschikago“) an: verlosung@sovd.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.



Denksport

Welche Erfindung kam zuerst, welche zuletzt?

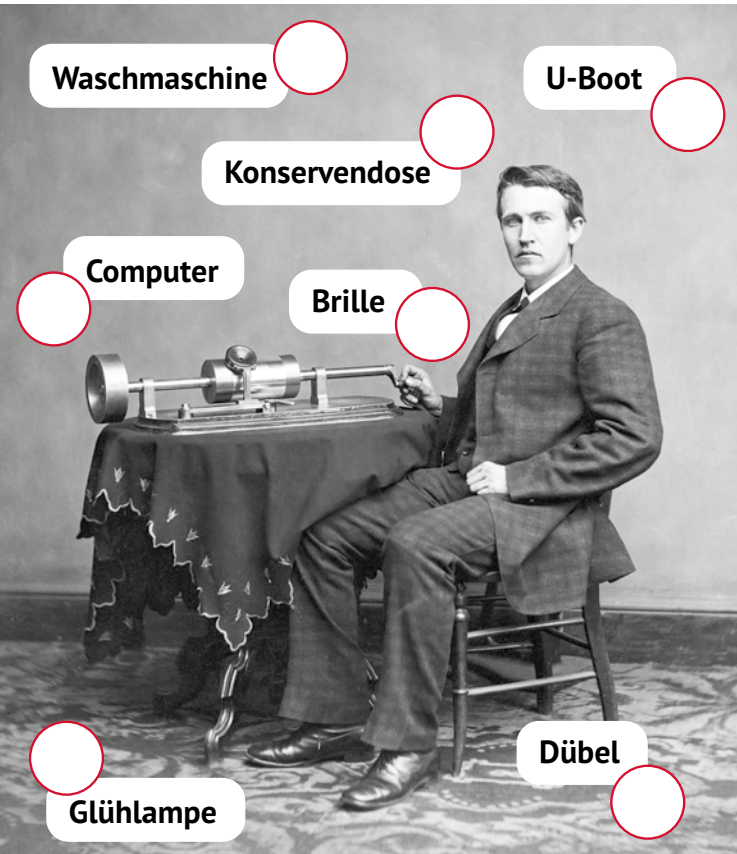


Foto: caifas / Adobe Stock; Montage: SoVD

Das Bild zeigt Thomas Alva Edison mit dem von ihm erfundenen Phonographen, einem Vorläufer des Schallplattenspielers. Aber wie verhält es sich mit den um Edison herum aufgeführten Dingen, können Sie diese zeitlich einordnen? Beginnen Sie mit einer „1“ bei der Erfindung, die Ihrer Meinung nach am längsten zurückliegt. Die Auflösung unserer Denksportaufgabe steht auf Seite 18.

Buchtipp

Wofür ich immer kämpfen würde

Wie können wir unsere Demokratie gegen Angriffe von innen und außen schützen? Das ist die bestimmende Frage unserer Zeit. Simon Engel ist aktiver Soldat. Er plädiert für einen gesellschaftlichen Konsens über die Rolle des Militärs in unserer Gesellschaft und den Wandel von einer pazifistischen Nachkriegsordnung hin zu einer wehrhaften Demokratie.



Simon Engel: Wofür ich immer kämpfen würde. DVA, 272 Seiten, ISBN: 978-3-421-07062-3, 20 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie uns entweder per E-Mail (Betreff „Wofür ich immer kämpfen würde“) an: verlosung@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.

Variante: LEICHT

			8			7	6	2
4			7		6		9	
	○		3			1		
9	4	5						1
	7		4	8	5		3	
6				○		5	2	4
○		4			8			
	2		5		4			7
5	8	3			7			

Variante: MITTEL

		9			1	○	8	5
3						1		2
			9	8	3			
	6				8	4		9
				2	○			
4		1	6				7	
			1	7	2			
7		4						6
9	3	○	5			7		

Möchten Sie einen weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.

Dieses Rätsel steht über das E-Paper auch online zur Verfügung.

Gibt's doch gar nicht, oder?

Guerilla-Aktion zeigt Erfolg

Weil die Behörde trotz zunehmendem Verkehr untätig blieb, pinselten Unbekannte im August 2025 vor einer Musikschule in Dresden einen Zebrastreifen auf die Straße. Die Stadtverwaltung sperrte den Übergang daraufhin komplett. Nun will sie dort einen sicheren Übergang schaffen – ganz offiziell.

Das Heinrich-Schütz-Konservatorium ist Dresdens größte Musikschule und wird von rund 5.000 Kindern besucht. Das Überqueren der Straße fällt ihnen schwer. Denn nach dem Einsturz der Carolabrücke fahren dort deutlich mehr Autos.

Eigentlich ist hier seit 2010 eine Tempo-30-Zone geplant und seit 2018 ein Zebrastreifen vorgesehen. Passiert ist nichts. Der illegale Übergang wurde zwar entfernt, brachte aber Bewegung in die Sache. Die Stadt bewertete die Situation neu und stufte den Bedarf einer Querung als „hoch“ ein. Für dieses Jahr soll ein echter Zebrastreifen her.



Foto: Sebastian Kahnert / picture alliance / dpa

Was als „Eingriff in den Straßenverkehr“ begann, wird amtlich: Mit weißer Farbe will die Stadt Dresden für mehr Sicherheit sorgen.

Hätten Sie's gewusst?

Musik aus der Steckdose?

Nicht nur musikalisch war David Bowie seiner Zeit voraus. Früh erkannte er die Möglichkeiten neuer Technologien. Sein „Bowie-Net“ bot 1998 einen Zugang zum Internet und schuf eine Art soziales Netzwerk. Musik, sagte der Sänger voraus, werde zu etwas wie fließendem Wasser oder Strom.

Damals träumte der Brite von der ständigen Verfügbarkeit von Musik – und skizzierte damit das Geschäftsmodell der heutigen Streamingdienste. Als Unternehmer bot David Bowie aber nicht nur eine schnelle Internetverbindung und einen E-Mail-Service an. Seine Fans konnten sich über eine Community austauschen und erhielten Zugang zu unveröffentlichten Songs.

Naiv war der 2016 verstorbene Sänger jedoch nicht. Kurz vor der Jahrtausendwende warnte er, das Potenzial dessen, was das Internet Gutes und Schlechtes in der Gesellschaft anrichten werde, sei unvorstellbar.



Foto: David Allocca / picture alliance / ASSOCIATED PRESS

Bereits in den Anfängen des Internets sah David Bowie eine Kraft, deren Auswirkungen auf die Gesellschaft unvorstellbar seien.

Des Rätsels Lösung

Knobelei im Klassenzimmer (Ausgabe Juli / August, S. 16)
Das Lösungswort lautete „Unterricht“.

- Welche Erfindung kam ...? (Denksport, Seite 17)**
1. Brille (um 1285)
 2. U-Boot (1620)
 3. Waschmaschine (um 1690)
 4. Konservendose (1810)
 5. Glühlampe (1879)
 6. Dübel (1911)
 7. Computer (1941)



Mit spitzer Feder

Buchtipp

Die Toten
in der Wassermühle

In einer Mühle in den japanischen Bergen wird aus einer Einladung ein tödliches Spiel. Denn das Gebäude beherbergt eine Kunstsammlung, zu der jedes Jahr vier Gäste Zutritt erhalten. Und weil dort schon einmal Kunstliebhaber ihr Leben verloren haben, befindet sich dieses Mal der brillante Detektiv Kiyoshi Shimada unter den Gästen. Er sucht Antworten auf eine Reihe von Fragen: Warum verbirgt sich der Eigentümer hinter einer Maske? Welche alten Feindschaften treten in der Mühle zutage? Und welches Geheimnis zeigen die Gemälde?



Yukito Ayatsuji: Die Toten in der Wassermühle. Limes, 336 Seiten, ISBN: 978-3-8090-2800-0, 22 Euro.

Möchten Sie das Buch gewinnen? Dann schreiben Sie uns per E-Mail (Betreff „Die Toten in der Wassermühle“) an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. September.



Hase im Märchen	ablehnender Bescheid	dt. Autofahrer (... Heidfeld)	Sitz des Denkmals	spanischer Ausruf	alte dt. Münze	dt. Komponist (Carl) † 1982	ugs.: Leim	Abk.: Bundesrepublik Deutschl.	Wahrsagekarten-spiel	verschiedener Meinung	Bergkamm-linie	Teil des Baumes	ugs.: nein!	zentraler Teil der Kirche	Schank-apparat für Soda-wasser	Des-infek-tions-mittel	tschech. Name der Eger
Lebewesen, Geschöpf											psychisch						fränk.: Hausflur
Stadt am Teuto-burger Wald								2. Flug-zeug-führer	panama-ähn-l. Gewebe (frz.)				Rech-nung für Ver-zehrtes	besitz-anzei-gendes Fürwort			
Küsten-flach-meer						Name des Teufels	früherer dt. TV-Musik-preis				unrichtig	un-ruhiges Kind					
				„Eis-mensch“	Unter-wasser-fahrzeug (Kurz-w.)				anwidern	stets				Plunder			thüring. Stadt bei Weimar
türk. Anis-brannt-wein		Hohl-körper Anzahl der Kegel				Besitz-form im MA.	maßlos, unge-heuer					Ergeben-heit	heiliges Buch des Islams				
					Programm, das Soft-ware ver-ändert	Seiten-bestim-mung				ugs.: super, hervor-ragend		Stadt in Polen (dt. Name)				menschl. oder tier. Körper	bayer.: still, ruhig
Divisor eines Bruches (Math.)	Schutt-, Schlamm-strom im Gebirge		Koseform von Eduard		Stadt in Nieder-sachsen				Ausruf des An-sporns	Nelken-gewächs, Vogel-kraut				kurz für: um das	schnell!, ab! Meeres-säugetier		
islam. Gebets-ruf						Pfad zw. Felswänden vertraute Person					Reb-sorte; Weiß-wein	Milieu, Nachbar-schaft					
				Futter-pflanze	mit Gott reden					ent-schlossen	hohes Bauwerk			Oper von Verdi † 1901			
ugs.: Funda-mental-ist	ugs.: Ver-beugung		in den Wind gehen (seem.)					geo-metr. Figur	Sand-, Schlamm-bank				Kurort m. kochsalz-haltigen Quellen				
						erbit-terter Gegner	Zitter-pappel				amerik.-engl. Dichter † 1965	Währung in Sierra Leone					
griech. Sagen-könig	Porzellan-stadt in Ober-franken		Be-hälter, Hülle	Fluss-rinne	ange-nommen, dass				Kopf-schutz Einzel-vortrag								
maritime Natur-kata-strophe																	
einjäh-riges Jungtier (norddt.)					Vorname d. Schau-spielerin Meysel †												
Offi-ziers-rang								eine Pizza-art									
ein Insel-euro-päer					Schiffs-stock-werk				anderer Name der Viper								

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

■ ■ ■ ■ A ■ ■ ■ W ■ ■ ■ W ■ ■ ■ D ■ M ■ ■ ■ M ■ ■ ■ T ■
B R O N C H I E ■ A N D O R R A ■ L A B M A G E N ■
■ I ■ D ■ U R S U L A ■ R E N N R A D ■ O B E R ■
S P E R R E ■ S ■ D U B A I ■ D ■ U R L A U B E R ■
■ P N E U ■ W E I ■ H E ■ K ■ T A P F E ■ B ■ I ■ S O ■
N E G A T I O N ■ O ■ S E N A T O R ■ N I V E A U ■
■ E ■ S ■ R ■ A R E A L ■ B ■ S A L A T ■ T ■ L ■
■ F L A C H M A N N ■ S ■ R A P I D ■ D ■ O E D E ■
M O S C H U S ■ O ■ A S P I K ■ T ■ L I T E R A T ■
■ L ■ H ■ P ■ A D E L ■ E ■ L ■ D I J O N ■ K I L T ■
■ I ■ S A B E L L E ■ L ■ A K T I V ■ B E G O N I E ■
N E P T U N ■ A ■ S A A L E ■ V ■
■ ■ I ■ E ■ K R A C H ■ T ■ F I S ■
■ S E L T S A M ■ H ■ E G O I S T ■
■ P L A T O N ■ M O B I L ■ N I E ■
M A E R ■ D I P O L ■ K A N T O N ■
■ ■ R A T E N ■ B L U E S ■ E N Z ■

Schwimmlehrer (1-13)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Kreuzworträtsel und Sudokus sind auch über Smartphone, Tablet oder Computer lösbar. Der Zugang erfolgt online über das E-Paper.

Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreises bitte bis zum 15. September einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse und Mitgliedsnummer anzugeben!



KURdirekt

8 Tage p.P. ab
€ 547,-*

2x Eintritt in die THERME EINS &
1x Teilkörpermassage inkl.!

Erholungsreise nach Bad Füssing

Verbringen Sie erholsame Urlaubstage in Bad Füssing. Der im Herzen des Passauer Landes gelegene Kurort Bad Füssing gilt als beliebtestes Heilbad Europas.



IHR HOTEL: 3+ Hotel Dein Franz

Lage: Ihr Hotel befindet sich inmitten des Kurorts Bad Füssing. Der Kurpark, eine kleine Ladenstraße und die THERME EINS sind bequem in wenigen Minuten fußläufig zu erreichen.

Zimmer/Ausstattung: Die 41 Zimmer des Hotels sind gemütlich eingerichtet und verfügen über Bad oder Dusche/WC, Föhn, Sat.-TV, Radio, Telefon und kleinen Kühlschrank. Das Hotel verfügt weiterhin über eine Rezeption, einen Lift und einen Frühstücksraum.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Die hauseigene Physiotherapiepraxis bietet Ihnen gegen Aufpreis erholsame und wohltuende Anwendungen. Oder Sie nutzen den Fahrradverleih (gg. Gebühr) im Hotel, um das herrliche Rottaler Bäderdreieck aktiv zu erkunden.



3+ Hotel Dein Franz



Zimmerbeispiel, 3+ Hotel Dein Franz



Frühstücksraum, 3+ Hotel Dein Franz

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 3+ Hotel Dein Franz
- ✓ 7/14/21x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- ✓ 7/14/21x Abendessen im Restaurant „Hofschänke“** (Laufweg ca. 400 Meter)
- ✓ 2x Eintritt in die THERME EINS (je ca. 5 Std.) pro Woche
- ✓ 1x Teilkörpermassage* (ca. 20 Min.) pro Woche
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ Örtliche Reiseleitung mit regelmäßigen Sprechstunden

Mit Zahlung der Kurtaxe vor Ort (ca. € 3,40 p.P./Tag) können die Leistungen der Kur- und Gästekarte Bad Füssing in Anspruch genommen werden.

TERMINE & PREISE 2026/27 p.P.

im Doppelzimmer Anreise: montags	8 Tage/ 7 Nächte	Verl.- Woche
A 30.11. - 07.12.; 14.12.	€ 547,- statt € 597,-	€ 299,- statt € 349,-
B 09.11. - 16.11.; 23.11. - 01.02.; 08.02. - 15.02.	€ 627,- statt € 677,-	€ 349,- statt € 399,-
C 19.10. - 26.10.; 02.11. - 22.02.; 01.03. - 08.03.; 15.03. - 22.03.	€ 677,- statt € 727,-	€ 399,- statt € 449,-
D 28.09. - 05.10.; 12.10.	€ 747,- statt € 797,-	€ 449,- statt € 499,-

Einzelzimmer-Zuschlag: € 105,- pro Woche

Hinweise:

- *Bei Buchung bis zum 30.09.2026 erhalten Sie pro Woche € 50,- Rabatt (€ 50,- Rabatt bei 8-tägigem Aufenthalt; € 100,- Rabatt bei 15-tägigem Aufenthalt; € 150,- Rabatt bei 22-tägigem Aufenthalt). Bereits im Streichpreis berücksichtigt.
- **Bitte erkundigen Sie sich im Restaurant nach den Auswahlkarten für die Halbpension. Öffnungszeiten des Restaurants „Hofschänke“: Mo.-Fr.: 16:00-23:30 Uhr; Sa.-So.: 11:00-23:30 Uhr.
- *Massagen werden nur nach Terminvereinbarung bei Herrn Märzendorfer (Physiotherapeut, Kurallee 10, 94072 Bad Füssing, Tel.: 08531-914440) durchgeführt.
- *Letzte Rückreise am 21.12.26.
- Alle Termine 2026 zzgl. Treibstoffkostenzuschlag in Höhe von € 20,- p.P.
- Verlängerung: Der Preis der Verlängerungswoche entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthalts.
- Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz



Beratung & Buchung:
0800 - 228 42 66
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr



Online buchbar direkt unter:
www.kurdirekt.de
Folgen Sie uns auch auf
Facebook und Instagram!





REISE KÖNIG

8 Tage p.P. ab
€ 1.277,-*
statt € 1.377,-

Jetzt buchen & Ultrafrüh-Bucher-Ermäßigung
in Höhe von € 100,- sichern!*

Flusskreuzfahrt „Donauwalzer“

Verbringen Sie eine abwechslungsreiche Kreuzfahrt auf einem der größten Flüsse Europas. Lehnen Sie sich an Bord ganz entspannt zurück und lassen Sie die herrlichen Landschaften auf Ihrem Weg durch Österreich, die Slowakei und Ungarn an sich vorbeiziehen. Während Ihrer Flusskreuzfahrt sehen Sie die beeindruckenden Donaumetropolen wie Wien, Budapest und Bratislava.

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4+ BELVEDERE und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ Vollpension an Bord
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Zusätzliche Ausflüge an Bord buchbar
- ✓ Kreuzfahrtleitung & deutschsprachige örtliche Reiseleitung
- ✓ Alle Hafen- und Passagiergebühren*

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Passau und Einschiffung.		19:00 Uhr
2	Ybbs (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zum Besuch des Wasserkraftwerks.	08:00 Uhr	14:30 Uhr
	Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Fahrt auf dem Prater.	23:00 Uhr	-
3	Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	-	19:00 Uhr
4	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	12:00 Uhr	-
5	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Teilnahme an einer Puszta-Rundfahrt.	-	14:00 Uhr
6	Bratislava (Slowakei) mit Möglichkeit (exkl.) zum Stadtrundgang.	08:00 Uhr	14:00 Uhr
7	Melk (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zum Besuch des Benediktinerstifts.	07:30 Uhr	13:30 Uhr
8	Passau, Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	07:30 Uhr	

TERMINE & PREISE 2027*1 p.P.

in 2-Bett-Kabine Abfahrts- termine: montags	Hauptdeck vorn/ach- tern (HX)	Mitteldeck achtern (MX)	Oberdeck achtern (OX)
A 22.03.; 29.03.*1 25.10.	€ 1.277,- statt € 1.377,-	€ 1.607,- statt € 1.707,-	€ 1.997,- statt € 2.097,-
B 05.04.; 12.04. I 18.10.	€ 1.377,- statt € 1.477,-	€ 1.727,- statt € 1.827,-	€ 2.027,- statt € 2.127,-
C 03.05. I 05.07.; 12.07.; 19.07.; 26.07.*2; 02.08.; 09.08.; 16.08.; 23.08.	€ 1.477,- statt € 1.577,-	€ 1.807,- statt € 1.907,-	€ 2.177,- statt € 2.277,-
D 10.05. I 31.05.; 07.06.*2; 14.06.; 21.06.; 28.06. I 30.08.*3 I 20.09.	€ 1.577,- statt € 1.677,-	€ 1.857,- statt € 1.957,-	€ 2.277,- statt € 2.377,-

ZUBUCHBARE LEISTUNGEN p.P.

- Aufpreis Getränkepaket: € 231,-
- Aufpreise Ausflugspaket mit 4 Ausflügen: € 159,-
- Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage.

Hinweise:

- *1 Bei Buchung bis 30.09.2026 erhalten Sie die Ultrafrüh-Bucher-Ermäßigung in Höhe von € 100,- (bereits im Streichpreis berücksichtigt).
- *2 Ausgenommen ggfs. anfallende regionale Passagiergebühren und kommunale Tourismusabgaben.
- *3 Single-Spezial: Zuschlag für Kabinen zur Alleinbenutzung um 50% reduziert (begrenztes Kontingent).
- Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert.
- Routenänderungen vorbehalten.
- Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Reisecode: SOVD



Ihre Reiseroute

Weitere Termine für 2026 finden Sie in unserem Katalog 2026 - jetzt kostenlos anfordern!





Beratung & Buchung:
0800 - 55 66 700
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr



info@reise-koenig.de





REHACARE

International

Fachmesse für
Rehabilitation und Pflege

Düsseldorf,
23.–26. September 2026

Selbstbestimmt leben









über 120 Jahre

Kräuterhaus Sanct Bernhard

www.kraeuterhaus.de Bestell-Telefon: 073 34/96 540



Ginkgo-Kapseln

Jede Kapsel enthält 75 mg Ginkgo-biloba-Spezialextrakt 50:1. Seit Jahrhunderten werden seine wertvollen Inhaltsstoffe geschätzt. 1 Kapsel täglich!

Aktion im September 2026!

Best.-Nr. 78 240 Kapseln (106 g – € 166,67/kg) € 17,50

Zu jeder bestellten Packung – eine GRATIS dazu!



Erotisan-Manneskraft

Die Kapseln unterstützen die sexuellen Funktionen des Mannes und tragen dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern, Sabalfrüchten, sowie Guarana sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 1043 120 Kapseln (90 g – € 238,89/kg) € 21,50

ab 3 Pack. (90 g – € 211,11/kg) nur € 19,00



Grünlippmuschel-Kapseln

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen im Bindegewebe, den Gelenknorpeln und der Gelenkflüssigkeit vorkommen. Jede Kapsel enthält 500 mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805 150 Kapseln (100 g – € 150,41/kg) € 13,50

Best.-Nr. 1850 300 Kapseln (170 g – € 140,45/kg) € 25,00



Hyaluronsäure 500mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels. Jede Kapsel enthält 500 mg Hyaluronsäure und 40 mg Vitamin C, das zur Kollagenbildung beiträgt.

Aktion im September 2026!

Best.-Nr. 864 90 Kapseln (157 g – € 342,11/kg) € 19,50

Zu jeder bestellten Packung + eine GRATIS dazu!



Magnesium-400-supra

Verbessert die Funktion und Belastungstoleranz der Muskeln, insbesondere bei Sport und fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Eine Kapsel am Tag deckt den Magnesium-Bedarf eines Erwachsenen.

Best.-Nr. 129 120 Kapseln (91 g – € 93,41/kg) € 8,50

Best.-Nr. 135 300 Kapseln (229 g – € 76,42/kg) € 17,50



Vitamin B12 Supra 200µg

Vitamin B12 spielt eine wichtige Rolle für die gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem sowie im Energiestoffwechsel des Menschen. Jede Tablette hochdosiert mit 200 µg Vitamin B12.

Best.-Nr. 118 240 Tabletten (51 g – € 127,45/kg) € 6,50

ab 3 Pack. (51 g – € 116,67/kg) nur € 5,95

Aktion im September 2026!

Bio-Hagebutten

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Eignet sich zum Anreichern von Smoothies, Shakes, Müslis oder zur Vermischung mit Saft. Von Natur aus mit Galaktolipiden. Vegan!

(je 1 kg – € 19,80 / € 19,00/kg)

Best.-Nr. 563 500-g-Dose € 12,00 **9,90**

ab 3 Dosen nur € 11,00 **9,50**

Bestell-Coupon hier abtrennen, ausfüllen und einsenden!

Willkommens-GUTSCHEIN: 32

„Gutschein-Nummer auch telefonisch und online einlösbar!“

2-Monatsspackung „FÜR ALLE NEUKUNDEN“

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **GRATIS** und **VERSANDKOSTENFREI**!

Vitamin C + Zink Langzeit-Kapseln, 60 Stück

Für gesunde, vitale Abwehrkräfte!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probestet!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96046	Vitamin C + Zink Langzeit-Kps.	1	GRATIS	

versandkostenfrei

*Mindestbestellwert € 10,-

Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz. Alle Informationen zu unseren Produkten und die AGB finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/sovd260932.

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon (falls Rückfragen) _____ Geburtsdatum _____

Datum, Unterschrift _____

Bestellung bitte an:

Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
Helfensteinstr. 47, Abt. 32
73342 Bad Dittzenbach

Tel.: 073 34/96 540
Fax: 073 34/96 5444

Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

Für mehr Lebensqualität zu Hause

Nutzen Sie zuzahlungsfreie Pflegehilfsmittel von **meinPflegeset** in der häuslichen Pflege

Nach § 40 SGB XI ab Pflegegrad 1*

So einfach gehts:

1

Unterlagen telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite downloaden

2

Antrag **ausfüllen** und an uns zurück senden – wir kümmern uns um den Rest

3

Pflegeset zuzahlungsfrei erhalten und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen

*Setzt einen entsprechenden Bedarf laut § 40 Absatz 2 SGB XI und die Notwendigkeit im Einzelfall voraus.



Hier Antrag anfordern

Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflegeset.de

Kostenfrei anrufen
0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)

Weitere Infos unter
www.mein-pflegeset.de



meinPflegeset - ein Service von Praxis Partner
Praxis Partner ist seit über 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.



Praxis Partner GmbH
In den Fritzenstücker 9-11
65549 Limburg

kundenservice@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de

1-2 Werktage

MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS





hasseroeder BURGHOTEL
WERNIGERODE / HARZ

BURGCafé · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR



Einfach Harz Special

Gaumenfreuden · Entertainment · Wellness · Erlebnisse und vieles mehr

- 3 Tage / 2 Übernachtungen inkl. reichhaltigem Frühstücksbuffet
- 1x Abendessen vom Buffet inkl. Eis und Getränkeauswahl im Restaurant „Burghof“ am Anreisetag (kann auf Anfrage verschoben werden)
- Täglich kostenfreies Befüllen der Minibar mit Softgetränken
- Regelmäßige Hotel-Veranstaltungen wie z. B. Live-Musik oder Puppentheater für die Kleinen
- Nutzung Hotel-Fitness-Center in der 9. Etage mit Panoramablick
- Kostenfreies WLAN
- Ein Begrüßungsdrink an der Bar

Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 20.12.26
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.
Zzgl. WE-Zuschlag 15,00 €/Erw./Nacht (Fr & Sa).

je Erw.
im DZ

169,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.

Jetzt bis zu **44% Vorteil!**

Sichern Sie sich zusätzlich **10% Extra-Rabatt** mit dem Code **SOVD10**

* auf alle Aufenthalte im Zeitraum bis 22.12.2027 (ohne 23.12.26-31.12.26)
Bei Direktbuchung mit dem Code „SOVD10“ über die Online-Buchung auf unserer Website sowie per Telefon oder E-Mail. Aktion gültig bis 10.09.2026.
Nicht kombinierbar mit anderen Buchungscodes.



10 JAHRE
HASSEROEDER BURGHOTEL

BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49(0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE

Damit Zuhause Zuhause bleibt.

Lifta



Mehr von Lifta:
Unsere Hauslifte!

Rufen Sie uns gebührenfrei an, auch samstags und sonntags.
 **0800 000 64 18**

Unsere Liftvielfalt für den wichtigsten Ort der Welt.

www.lifta.de

BEZAHLT VON IHRER APOTHEKE

1. SEPTEMBER 2026 A

 **APOTHEKEN Umschau** Mit Gewinnspiel



JETZT IN IHRER APOTHEKE VOR ORT

#stop med fakes

Ist das der Echte?
Gefälscht mit KI: Betrüger nutzen die Identität von Prominenten wie Eckart von Hirschhausen, um fragwürdige Medikamente zu verkaufen. So schützen Sie sich

Wissen, was echt ist

Gegen Deepfakes in der Medizin. Wir klären auf!

Eine Initiative der **APOTHEKEN Umschau**



SoVD-Umfrage zeigt Defizite bei Vereinbarkeit von Job und Familie – Verband mit Forderungen an Politik

Eltern: Betreuungsangebote reichen nicht aus

Beruf und Familienleben unter einen Hut zu bekommen, das ist für viele Eltern eine große Herausforderung. Vor allem Eltern mit Kindern im Grundschulalter stehen aufgrund von Betreuungslücken vor Problemen. Besonders kritisch sehen Alleinerziehende ihre Situation. Der SoVD setzt sich für mehr familienfreundliche Arbeitsbedingungen und einen Ausbau der Betreuungsangebote ein.

Mehr als die Hälfte der Eltern sieht große Lücken bei verfügbaren Kitaplätzen und Betreuungsangeboten für Schulkinder. Das zeigt eine aktuelle Civey-Umfrage im Auftrag des SoVD. Deutschlandweit griffen Medien die Ergebnisse auf.

Bei Eltern von Grundschulkindern fällt die Kritik besonders deutlich aus: Rund zwei Drittel sehen keine ausreichenden Angebote. Auch Eltern von Kita- und Schulkindern aller Altersklassen berichten mehrheitlich von Betreuungslücken.

Der SoVD leitet daraus politische Forderungen ab: „Durch die Unterversorgung sind besonders Frauen benachteiligt, weil sie mangels Betreuungsangeboten oft nur in Teilzeit oder Minijobs arbeiten können“, erklärt die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. Notwendig sei deshalb ein quantitativer und qualitativer Ausbau der Betreuung in Krippen, Kitas und Grundschulen. Dazu gehörten auch verlässliche Öffnungszeiten, die zu den Arbeitszeiten der Eltern passen.

Auch das Gesamturteil zur Vereinbarkeit fällt ernüchternd aus. Zwar bewertet gut ein Drittel der Befragten die Situation positiv. Mehr Eltern halten die Vereinbarkeit jedoch für schlecht, ein weiteres Fünftel ist unentschieden.

SoVD: Politik muss für mehr Gleichberechtigung sorgen

Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern: Fast jede zweite befragte Frau bewertet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf negativ. Bei den Männern sind es deutlich weniger. Besonders groß sind die Schwierigkeiten für Alleinerziehende und Solo-Selbstständige. Von ihnen sieht jeweils mehr als die Hälfte erhebliche Defizite.

Für Engelmeier ist Vereinbarkeit deshalb nicht allein eine Frage des persönlichen Organisationstalents. Sie brauche verlässliche politische Rahmenbedingungen. Der SoVD fordert unter anderem eine bezahlte Freistellung für Väter beziehungsweise zweite Elternteile

rund um die Geburt, eine stärkere Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen und ein besser auf die Bedürfnisse abgestimmtes Elterngeld. Auch steuerliche Regelungen müssten so verändert werden, dass sie eine gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit unterstützen. „Die partnerschaftliche Ausgestaltung des Elterngeldes, die Umsetzung der EU-Entgelttransparentrichtlinie, die Abschaffung der Lohnsteuerklasse V und eine Reform des Ehegattensplittings würden das bestehende Ungleichgewicht auflösen“, konstatiert Michaela Engelmeier.

Großer Bedarf an flexiblen Arbeitszeitmodellen

Die Möglichkeiten, Arbeitszeiten an familiäre Bedürfnisse anzupassen, bewerten die Eltern etwas besser. Vier von zehn sehen bei den Arbeitgebern ausreichende Angebote. Zugleich hält mehr als ein Drittel die vorhandenen Möglichkeiten für unzureichend.

Wie stark Beschäftigte von



Foto: Ilona / Adobe Stock

Zwei Drittel der befragten Eltern mit Kindern im Grundschulalter kritisieren unzureichende Betreuungsangebote.

flexiblen Arbeitszeiten profitieren, hängt offenbar von ihrer beruflichen Position und ihrer familiären Situation ab. Führungskräfte berichten vergleichsweise häufig von passenden Angeboten. Unter den Alleinerziehenden sieht dagegen nur rund jede fünfte befragte Person genügend Spielraum. Auch Eltern von Kita- und Grundschulkindern bewerten die Möglichkeiten überwiegend kritisch.

„Wir müssen mehr familienfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen. Fami-

lienfreundlichkeit sollte ein Qualitätsmerkmal von Arbeitgebern werden“, fordert Engelmeier. Flexible Arbeitszeitmodelle müssten in der Praxis nutzbar sein und sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Gute Vereinbarkeit sei eine Voraussetzung für Chancengleichheit und verhindere insbesondere die Benachteiligung von Frauen.

Auf der SoVD-Themenseite zur Umfrage unter www.sovd.de/civey-umfrage sind die Ergebnisse bereits als Grafiken aufbereitet. str

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Vorstand: Michaela Engelmeier, Sandra Fehlborg. Der SoVD ist eingetragen beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg mit der Vereinsregisternummer VR 20029 B.

Redaktion: Veronica Sina (Redaktionsleitung, verantw./veo), Joachim Schöne (Stellv./jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Druckvorstufe), Nancy Gühne (Redaktionsassistenz). E-Mail: redaktion@sovde.de.

Werbung: Veröffentlichte Anzeigen oder enthaltene Werbeeinlagen stellen keine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen dar.

Gewinnspiele: Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist an eine Mitgliedschaft im SoVD gebunden. Zur Teilnahme an Verlosungen oder Gewinnspielen sind ausschließlich SoVD-Mitglieder berechtigt; Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstelle sind davon ausgeschlossen. Anspruch auf einen Gewinn besteht nicht.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen,

Telefon: 07243 / 53 90 123 oder 0176 / 47 12 98 86 (mobil), E-Mail: sovde@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage wurde von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) ge-

prüft. Sie betrug im 2. Quartal 2026 insgesamt 348.463 Exemplare. Zudem erhielten die vorliegende Ausgabe nach Verlagsangabe 100.280 Personen als E-Paper.

Datenschutz: Der SoVD verarbeitet personenbezogene Daten auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen oder erteilter Einwilligungen. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

